

Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerländerverbandes „Duboid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Finnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbündeten osteuropäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber: Dr. Galt Schupp-Berlin

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2 — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9. Fernsprecher: Amt Kurfürst 6449. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

1. Oktoberheft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich zweimal. . . Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Österreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. . . Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Geisbergstraße 17; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2.

3. Jahrgang Nr. 19

Inhalt: Dohrmann, Die großrussischen Parteiverhältnisse. . . Kessler, Die wirtschaftliche Bedeutung des Kaukasus. . . Steinert, Die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens. . . Bühler, Neue Möglichkeiten im Osten oder Der Landweg nach Indien. . . Meller, Vom unbekanntem Huzulendölkchen. . . Mitteilungen auf Seite 224 und der 1. bis 4. Umschlagseite; Bücherbesprechungen auf der 4. Umschlagseite.

Mitteilungen.

Aus dem Leben der Balten.

Unter den Ostseehäfen des im Osten neuangegliederten Gebietes nahm bis zum Ausbruch des Krieges Libau eine hervorragende Stelle ein. Wider Erwarten will uns jedoch zurzeit die wirtschaftspolitische Bedeutung dieses wichtigen Hafenplatzes bedroht erscheinen. Die Bedrohung Libaus ist tatsächlich eine recht empfindliche. Die kürzlich abgeschlossenen deutsch-russischen Zusatzverträge zur Friedensakte von Litauisch-Brest sehen nämlich unter anderem die Organisation von drei Freihäfen im baltischen Gebiete vor, und man hat sich dabei auf Riga, Reval und Windau geeinigt. Die gewaltigen russischen Warenmengen, die, vor allem Rohstoffe, künftig aus dem Innern des Reiches nach Westen und Mitteleuropa gelangen sollen, und andererseits die unermesslichen Massen jener Waren, die das ehemalige Zarenreich nach dem vernichtenden Sturm von Krieg und Revolution zum Zwecke seines Neuaufbaues zu importieren haben wird, dürften ohne Frage die neuen Freihäfen Riga, Reval und Windau zu überaus bedeutenden Plätzen des Durchgangshandels im Osten machen. Es ist nämlich in den genannten Zusatzverträgen vorgesehen, daß dem russischen Durchgangshandel in diesen drei Häfen die weitestgehenden Privilegien und Vorrechte zuzubilligen sind, so daß es nicht anzunehmen ist, der russische Kaufmann werde seine Ware fortan noch über Plätze leiten, in denen er sich solcher Privilegien nicht erfreut; das heißt, daß Libau und mit ihm andere Häfen des baltischen Gebietes, denen der Freihafen-Charakter nicht zugebilligt worden ist, aus dem Handel im großen Stile ausgekalltet sind! Ganz abgesehen jedoch von diesem Freihafen-Problem spricht eine andere Maßnahme auf verkehrspolitischem Gebiet Libau als entwicklungsfähiger Handelsstadt der östlichen Halbkugel das Todesurteil; es handelt sich um das Problem der an dieser Stelle schon mehrfach berührten Eisenbahnspurweite in den baltischen Provinzen. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß die Lösung dieses Problems dahin entschieden worden ist, daß die baltischen Bahnen nördlich der Düna die russische Spur beibehalten, während die Bahnen südlich dieser Flußlinie, das heißt die kurländischen Strecken, sämtlich die deutsche Spur aufweisen sollen. Das bedeutet nicht mehr und nicht weniger, als daß die russischen Rohstoffmengen ohne vorherige Umladung aus Rußland direkt in die baltischen Häfen nördlich der Düna rollen können, um in Riga und Reval unmittelbar in die Schiffe verfrachtet zu werden; es bedeutet das aber auch, daß die Häfen Kurlands, so Libau und Windau, gegen den Osten gewissermaßen abgeperert werden; und es fragt sich nur, weshalb Windau überhaupt der Charakter eines Freihafens zugebilligt worden ist, wenn es doch

über keine direkte Verbindung nach dem russischen Hinterlande verfügen soll. Wie dem auch sei — uns interessiert an dieser Stelle hauptsächlich Libau. An der Hand eines Ausblickes auf Libaus wirtschaftliche Blüte und an der Hand eines Ausblickes auf die Entwicklungsmöglichkeiten dieses Platzes unter der Voraussetzung, daß er durch eine verkehrte Politik nicht völlig ins Hintertreffen gerät, möchten wir darauf aufmerksam gemacht haben, daß es im Interesse des deutschen Handels, dem die Zukunft im Osten so gewaltige Aufgaben stellt und so ferne Ziele steckt, eigentlich nicht geboten sein kann, Libau so völlig auf Rechnung Rigas und Revals im Hintertreffen zu belassen. Denn unserer Ansicht nach fragt es sich, ob es handelspolitisch richtig ist, das Freihafenrecht gewissermaßen zu monopolisieren und auf nur zwei Häfen in Anwendung zu bringen; ob es denkbar ist, daß Reval und Riga allein neben Petersburg und Archangelsk, fortan diesen beiden einzigen russischen Häfen den ganzen russischen Durchgangshandel bewältigen; und ob es endlich nicht auch, ganz abgesehen von Libau und Windau, eine schwere Bedrohung der deutschen Ostseehäfen von Memel bis zum Sund bedeutet, daß das russische Hinterland so ausschließlich zur Domäne Revals und Rigas gemacht wird. Diese Fragen, die sich uns aufdrängen, hier zu beantworten und zu erörtern, ist nicht Zweck dieser Zeilen; aber, wie gesagt, sie stehen auf der Tagesordnung, und früher oder später wird man doch nicht umhin können, ihnen eine erhöhte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Freilich müßten sie zur Debatte gestellt werden, ehe die Verhältnisse sich endgültig konsolidieren und unter das Werden und Entstehen im Osten die Geschichte ihren Strich macht.

Wie gesagt, unter den Häfen der Ostsee hat Libau bis zum Ausbruch des Krieges eine achtungsgebietende Rolle gespielt. Die Großzügigkeit seiner Hafenanlage, die absolute Eisfreiheit des Hafens und die Sicherheit der Ein- und Ausfahrt zu jeder Zeit und bei jedem Wetter verbürgten Libau diese hervorragende Bedeutung. Libaus Handelsumsatz stand in Friedenszeiten demgemäß nur dem Umsatz von Petersburg und Riga nach, während er Ausfuhr und Einfuhr von Windau, aber auch von Reval, sehr bedeutend übertraf. Ja, im Getreideexport und Heringsimport hat Libau sogar Riga überflügelt, und das will gegenüber der Ostsee, daß Rußland die Kornkammer europäischer Länder gewesen ist, etwas besagen. In Libau sah eben das weite russische Hinterland einen seiner vornehmsten Aus- und Einfuhrhäfen, und die Stadt, die nach der Besetzung durch die deutschen Truppen im Mai 1915 die Freude über die politische Befreiung von der russischen Fremdherrschaft, wie wir jetzt sehen, leider vergeblich mit der Hoffnung verband, unter

den Fittichen des deutschen Adlers zu neuer, noch üppigerer Blüte zu gelangen, hätte sich ohne Frage auch in Zukunft ein glänzende neue Position geschaffen, ohne damit doch in ungesund Konkurrenz zu den Nachbarhäfen zu treten. Wie die Dinge eben liegen, erscheint uns Libaus Zukunft freilich bereits hoffnungslos. Denn mag die Lösung, die beispielsweise das Problem der Spurrweite im oben angedeuteten Sinne erfahren hat, vielleicht auch nur ein Provisorium sein, so genügt doch dieses Provisorium von etwa einem Jahrzehnt — ein solches werden wir wohl zum mindesten anzunehmen haben —, um Libau in den entscheidenden ersten Entwicklungsjahren der neuen deutschen Periode tödlich zu treffen.

Bei einer Betrachtung der Libauer Hafenanlagen, die von den deutschen Eroberern vor drei Jahren nicht umsonst bewundert wurden, möchten wir davon ausgehen, drei einzelne Teile gesondert zu betrachten: den Hafencanal mit dem Fischereihafen, den sogenannten Hinterhafen und den Vorhafen mit der geschützten Keede. Den Hafencanal fassen granitene Kais in der Länge von 3568 Meter ein; davon sind nur 600 Meter aus Holz. Die Wassertiefe im Kanal beträgt von der Einfahrt bis zum letzten Anlegeplatz für größere Schiffe 6,16 Meter, während die Wasserfläche des Hafencanals 26,33 Hektar umfaßt. Granitene Kais in der Länge von 1548 Meter umgrenzen auch den tiefen Winterhafen. Der Vorhafen besitzt die beträchtliche Tiefe von fast 8 Meter. Was aber schließlich die ins Meer hinausgebauten Schutzvorrichtungen anbelangt, so repräsentieren diese einen kolossalen Wert. Sie bestehen aus etwa folgenden Bauten: der 2123 Meter langen Südmole, dem südlichen Wellenbrecher, der Nordmole, der Teilungsmole (993 Meter lang), dem inneren Wellenbrecher, der Schutzmole und der Schutzwand im Vorhafen. Alles in allem handelt es sich um Bauten in der Länge von zusammen fast 5000 Meter. Das Hafenterritorium Libaus ist modern und zweckmäßig ausgebaut. Allein die beiden Elevatoren fassen nötigenfalls 140 000 Tonnen Getreide und andere Waren, die Schuppen des ausgedehnten Güterbahnhofes nehmen ihrerseits weitere 15 000 Tonnen auf, und ein schwimmender Kran von 30 Tonnen Hebekraft, ein Dampfkran von 25 Tonnen und ein Handkran von 10 Tonnen vervollständigen das Bild. Es kommt hinzu, daß Libau zu Beginn des Krieges nicht völlig ausgebaut war. Jedenfalls bestand ein großzügiges Projekt, die Hafenanlagen bedeutend zu erweitern. Ja, zum Teil waren die Arbeiten bereits in Angriff genommen, als auf einem deutschen Kreuzer vor Libau am 1. August 1914 jener erste scharfe Kanonenschuß gelöst wurde, der für die Stadt eine so überaus schwere Zeit einleitete. Der russische Staat hatte zu Bauzwecken im Jahre 1912 die bedeutende Summe von 9 Millionen Mk. bewilligt; in der Hauptsache sollte die Wassertiefe im Hafen durchweg auf 10 Meter gebracht und unter dem Schutze einer neuen Mole von 200 Meter Länge ein neues Bassin geschaffen werden. Den Verhältnissen entsprechend ist der Schiffsverkehr Libaus in den letzten Jahren ein überaus reger gewesen: in Jahre 1913 beispielsweise legten 1738 Schiffe mit 1070589 Registertonnen in Libau an. Durch regelmäßige Tourendampfer hatte der Libauer Hafen mit folgenden Plätzen Verbindung: Petersburg, Reval, Riga, Windau, Stettin, Lübeck, Hamburg, Kopenhagen, Antwerpen, Rotterdam, Hull, London, Liverpool, Manchester, Newcastle, New-York und Halifax. Mit 534 Schiffen und 342 951 Registertonnen nahm im Libauer Schiffsverkehr die russische Flagge die erste Stelle ein; dann folgten Deutschland mit 325 Schiffen, Dänemark mit 323, Schweden mit 238, Norwegen mit 140 und unter anderen Großbritannien mit nur 84 Schiffen. Es dürfte durchaus nicht allgemein bekannt sein, daß Libau, die großen Häfen im Süden des Reiches, so Odessa, mit eingeschlossen, der einzige Hafen Rußlands war, welcher direkte Verbindung mit amerikanischen Häfen unterhielt; diesem Verkehr, der hauptsächlich von Auswanderern in Anspruch genommen wurde, dienten die größten Schiffe der russischen Handelsmarine, die 16 000 Tonnen große „Rossija“ und die „Kursk“ mit 12 000 Tonnen Wasserdrängung. In der Folge war Libau auch der größte russische Auswandererhafen, durch den im Jahre 1913 über 70 000 Emigranten gegangen sind. Den Auswanderern standen drei moderne Emigrantenhäuser zur Verfügung, von denen jedes mehr als 1000 Personen zu jeder Zeit aufzunehmen imstande war.

Unter Verkehrsschwierigkeiten hat Libau übrigens schon vor dem Kriege zu leiden gehabt, und den Entwicklungsmöglichkeiten seines Hafens spricht es ein glänzendes Urteil, daß der Platz trotzdem zu so üppiger Blüte gedieh. Man staunt nämlich, wenn man erfährt, daß Libau mit seinem russischen Hinterlande nur durch eine einzige, freilich 1000 Kilometer lange, dafür aber ganz im Sinne russischer Verkehrsnots nur eingleisige Eisenbahn verbunden gewesen ist, denn die schmalspurige Bahn, die von Libau nach dem nur 40 Kilometer nördöstlich liegenden Städtchen Hafenspot führt, wäre kaum im Ernstfalle mitzuzählen. Trotzdem brachte es Libau in den günstigsten Jahren, wie gesagt, doch auf eine anrollende Waggonzahl von 85268 Stück mit einem Quantum von 57017846 Pud auf der großen Bahn und 6857 Waggons mit 2945624 Pud auf der schmalspurigen, damit in der Tat vorzüglich qualifizierten Hafenspoter Strecke. Freilich war durch die Stadt und durch das Börsenkomitee in weitgehendem Maße dafür Sorge getragen worden, daß bei diesem starken Warenandrang Warenstauungen vermieden werden konnten; denn die Speicher- und Schuppenanlagen Libaus ermöglichten die Aufnahme von 8 Millionen Pud Waren, in der Hauptsache Getreide.

Damit ist Libau als Getreideexporthafen gekennzeichnet. Exportierte Libau im Durchschnitt der Jahre 1909—1913 jährlich etwa 42710830 Pud im Gesamtwerte von 56771523 Rubeln, so entfallen auf diese Zahlen und Werte in der Hauptsache Getreidemassen. Die Hauptziffer in den Libauer Exporttabellen gilt seit Jahren dem Hafer, in zweiter Linie folgt Kleie, in Betracht kommen schließlich noch Felle

und Häute, gefalzenes Fleisch und Eier. Es ist nicht uninteressant, daß im Jahre 1913 allein 579 063 Pud gefalzenes Fleisch exportiert wurden, im selben Jahre 646 050 Pud unbearbeitete Felle und Häute und beträchtliche Millionen Eier.

Als Importhafen kennzeichnen Steinkohlen und Heringe Libau; aber auch Rohstoffe und Halbfabrikate, Nahrungs- und Genussmittel, Manufaktur- und Industriewaren und lebende Tiere wären als Importwerte zu verzeichnen. Der Gesamtimport betrug durchschnittlich 29 608 455 Pud im Werte von 28 820 421 Rubeln, wobei auf Großbritannien 60,2 Prozent, auf Deutschland nur 17,97 Prozent des Gesamtwertes und der Gesamtmenge entfallen. England hat also über Libau weit mehr Waren nach Rußland eingeführt, als man an der Hand der Daten über den Libauer Schiffsverkehr annehmen könnte. Wir werden daher den unersenklichen Schluß zu ziehen haben, daß vielfach deutsche Tonnage den britisch-russischen Handel besorgt hat.

H. D o h r m a n n.

Großrußland. In ziemlich gehässiger Weise hat die Entente-Prese sich darüber verbreitet, wie unduldsam, ja feindselig sich die Moskauer Räteregierung angeblich zu den kirchlichen Fragen und religiösen Einrichtungen in Rußland verhält. Besonders der „Matin“ wußte kürzlich zu berichten, daß die Regierung Lenins eine vollkommene Umwälzung der russischen religiösen Gebräuche beabsichtige. Es blieb nicht aus, daß die sensationslüsternen französischen Tagespresse sich sogar darüber verbreitete, von Seiten der Moskauer kommunistischen Regierung werde die Einführung einer „ganz neuen Religion“ geplant. Alle diese Nachrichten sind natürlich von Anfang bis zu Ende ebenso erdacht und erfunden, wie die aus Ententekreisen stammende Mitteilung, es sei in Rußland beabsichtigt, das rechtgläubige und protestantische Glaubensbekenntnis direkt zu verbieten. Es wird daher wohl am Platze sein, an der Hand einer ausführlichen Mitteilung der Petersburger Telegraphenagentur das wahre Verhältnis der russischen kommunistischen Regierung zu Religions- und Kirchenfragen darzulegen. Es stellt sich heraus, daß vor allem die Zurückweisung von Mitteln zum Unterhalt von Kirchen und Kapellen und zur Ausübung von kirchlichen Gebräuchen offiziell eingestellt worden sind. Vom 1. März ab hat die Regierung bereits die Auszahlung von festen Gehältern an Geistliche und Religionslehrer eingestellt. Die Regierung stellt sich also auf den Standpunkt der Trennung von Staat und Kirche, was ihr von ihrem radikalen Standpunkt aus nicht zu verdenken ist; die maximalistische Staatsgewalt hat ja schon in ganz anderem Maße mit den Ueberlieferungen, Bräuchen und Gesetzen alter Staatlichkeit gebrochen: man denke an die Aufhebung des Besitzes, an die Nationalisierung aller Vermögen und an die gewaltsame Entrechtung sämtlicher bürgerlicher Kreise. Trotzdem ist jedoch die Moskauer Regierung willens, den durch die Trennung von Staat und Kirche arbeitslos gewordenen und der Armut preisgegebenen Personen zu Hilfe zu kommen. Jene von ihnen, so heißt es in einem Regierungsdekret, die zum Wohl des Vaterlandes und des Volkes zu arbeiten wünschen, wird das Kommissariat für staatliche Unterstützungen feststellen und ihnen Arbeit zuteilen. Was jedoch Gottesdienste anbelangt, so ist es jedem Bürger der proletarischen russischen Republik anheim gegeben, in dieser Hinsicht nach eigenem Wissen und Willen zu handeln. Die kirchlichen Gebräuche dürfen auf den gemeinsamen Wunsch einer größeren oder geringeren Anzahl von Gläubigen hin ihre Fortsetzung finden, freilich unter der Bedingung und mit der Verpflichtung, daß die Kosten für den Unterhalt und die Reparaturen der kirchlichen Gebäude und des kirchlichen Inventars ebenso von den Gläubigen selbst getragen werden, wie die Ausgaben der Honorierung für die Geistlichen und Angestellten. Das alles gilt für die christlichen Konfessionen, die in Rußland vertreten sind. Für die jüdischen nationalen und religiösen Angelegenheiten aber ist, ähnlich wie für die Mohammedaner und übrigen nichtchristlichen Glaubensbekenntnisse, beim republikanischen „Volkskommissariat für Angelegenheiten der Nationalitäten“ ein besonderes, vorläufig provisorisches Kommissariat gegründet worden. Der Kommissar dieser neuen Regierungsinstitution ist entsprechend selbst Hebräer, Herr Simon Markowitsch Dimandfein; sein Gehilfe ist der ebenso ehrenwerte Herr IJa Grigorjewitsch Dolskowskij.

Am 25. Januar 1918 hat die Moskauer Räteregierung in kirchlichen Angelegenheiten ein grundlegendes Dekret erlassen, auf das sich zurzeit die kirchenpolitischen Zustände Rußlands gründen. Unter anderem sieht dieses Dekret vor: erstens, daß die Kirche vom Staate getrennt wird; zweitens, daß es unter Strafandrohungen verboten ist, örtliche Gesetze oder Verordnungen zu erlassen, die die Gewissensfreiheit einengen oder beschränken, oder daß im Gegenteil Vergünstigungen und Privilegien auf Grund der Zugehörigkeit der Bürger zu einer bestimmten Konfession erteilt werden; drittens, daß sich jeder Bürger zu einer beliebigen Religion bekennen darf, oder auch zu gar keiner. Aus allen Akten und Personaldokumenten wird der Hinweis auf die Zugehörigkeit oder Nichtzugehörigkeit der Bürger und Genossen zu einer bestimmten Religion oder Religionsgemeinschaft entfernt; jeder Rechtsverlust, der im Zusammenhang mit der Zugehörigkeit zu irgendeinem Glauben oder mit der Nichtzugehörigkeit zu einem solchen stand, wird selbstverständlich im neuen Rußland kurz und bündig aufgehoben. Der vierte Punkt des Kirchendekretes sieht vor, daß keine staatlichen und gesetzlich öffentlichen Veranstaltungen fortan mehr von religiösen Gebräuchen, Gottesdiensten oder Zeremonien begleitet werden; Kirche und Staat haben eben nichts mehr miteinander gemein, und die Religion ist Privatangelegenheit jedes einzelnen. Punkt fünf handelt in der Hauptsache vom Verhältnis der Kirche zur Schule; die freie Ausübung religiöser Gebräuche wird soweit gestattet, als sie die öffentliche Ordnung und Ruhe nicht stört und die Rechte oder Bequemlichkeiten der Bürger der proletarischen

Osteuropäische Zukunft

Zeitschrift für Deutschlands Aufgaben im Osten und Südosten

Amtliches Organ des Donau-, Balkan- und Schwarzmeerländerverbandes „Duboid“ Berlin und München, des Wirtschaftsausschusses „Ukraine“ Berlin, der „Deutsch-Finnländischen Vereinigung“ Berlin, der „Deutsch-Georgischen Gesellschaft“ Berlin und des „Deutsch-Nordischen Verbandes“ E. V. Berlin; Veröffentlichungsstelle für die verbündeten osteuropäischen und morgenländischen Vereine Berlin.

Herausgeber: Dr. Falk Schupp-Berlin.

Verlag: Georg D. W. Callwey, München, Finkenstr. 2. — Alleinige Anzeigenannahme: Russischer Kompaß, Berlin W. 50, Bamberger Straße 9. Fernsprecher: Amt Kurfürst 6449. Preis für 1 mm Höhe der 5 cm breiten Spalte 25 Pfg., auf der ersten Umschlagseite 50 Pfg., auf der zweiten, dritten und vierten Umschlagseite 35 Pfg.

1. Oktoberheft 1918

Die Zeitschrift erscheint monatlich 2 mal. . . Bezugspreis: Halbjährlich für das Deutsche Reich und Oesterreich-Ungarn M. 8.—, für das Ausland M. 9.—; einzelne Hefte 60 Pfg. . . Beiträge und Besprechungsstücke wolle man senden: An die Schriftleitung der Osteuropäischen Zukunft, Berlin W. 50, Geisbergstr. 17; Zusendungen für den Bezug sind zu richten an den Verlag Georg D. W. Callwey, München, Finkenstraße 2.

3. Jahrgang Nr. 19

Die großrussischen Parteiverhältnisse.

Von Hanns Dohrmann, Berlin-Charlottenburg.

Unter den Einwirkungen des politischen Erdbebens, das in Rußland Bild und Rahment des öffentlichen Lebens so völlig verschoben hat, sind auch die russischen Parteiverhältnisse von Grund auf andere geworden, und es dürfte heute selbst dem erklärten Kenner osteuropäischer Politik äußerst schwer fallen, sich in dem wirren Durcheinander russischer Parteien und Gruppen, „Richtungen“ und „Orientierungen“ zurechtzufinden. Erst der Krieg, im Grunde wohl erst die Anfänge der Umwälzung im März 1917, haben die breitere deutsche Öffentlichkeit mit den Grundzügen russischer Parteiverhältnisse bekannt gemacht; das liegt weniger an dem einst tatsächlich so mangelhaften deutschen Interesse für die politischen Zustände in Osteuropa, als an der Tatsache, daß die russische Parteipolitik sich bewußt und im Rahmen der großen Öffentlichkeit eigentlich erst seit Eröffnung des ersten Parlamentes vor nunmehr zwölf Jahren betätigen kann. Bezeichnend in diesem Sinne sind die Benennungen der russischen Parteien, die vielfach aus der Zeit der ersten „konstitutionellen Revolution“ datieren und mehr oder weniger zum Ausdruck bringen, welche Forderungen diese Parteien damals im Kampfe um die ersten Anfänge der Freiheit vertraten. Hatten sich Namen und Benennungen demgemäß im Rollen der fortschreitenden Zeit schon vor dem Kriege und vor der „großen“ Revolution naturgemäß vielfach überlebt, so sind heute Bezeichnungen wie Oktobristen und Kadetten fast schon Anachronismen; denn jene Kreise, die sich heute noch so nennen, dürften sich gegenwärtig nicht nur zu ganz anderen Anschauungen bekennen, als vor einem Jahrzehnt etwa die damaligen Kadetten, sondern manche parteipolitische Forderung mag gegenüber dem Einst gar ins Gegenteil umgeschlagen sein. Im Hinblick auf die beispiellose Umwälzung, diese klassische Umwertung aller Werte, die in Rußland vor sich gegangen ist, erscheint das freilich nur natürlich. In der Tat gilt die vorrevolutionäre Parteiterminologie im neuen Rußland nicht mehr; und was wir heute, alter Gewohnheit gemäß, noch immer ein wenig gedankenlos als Oktobristen, Kadetten,

Arbeiterbündler oder Bauern im frommen Glauben bezeichnen, daß damit die alte Charakteristik noch auf die neuen Gruppierungen und Programme zutrifft, hat mit den Parteien, wie sie vor dem 17. März 1917 ausschauten, nichts mehr gemein.

Politische Anschauungen lassen sich schwer klassifizieren, und es gilt das vom Versuch einer Klassifizierung der neuen russischen Parteien in erhöhtem Maße. Einer größeren Uebersichtlichkeit zuliebe wird es sich dennoch nicht umgehen lassen, im Nachstehenden eine gewisse Gliederung vorzunehmen und einzelne Parteien dahin zu einer Gruppe zusammenzufassen, daß sie sich ablehnend oder bejahend zu den Grundzügen dieser oder jener Staats- und Lebensform bekennen. Im Bezug auf die, wir möchten sagen, radikale russische Gegenwart werden wir dabei im Auge zu behalten haben, daß die russischen Anschauungen zurzeit um den Gegensatz der Begriffe von Ordnung und Anarchie, von Besitz und Kommunismus, von Wirklichkeit und Utopie, von Massenherrschaft und persönlicher Freiheit ringen. Die uns näherliegenden Unterschiede etwa zwischen Monarchie und Republik stellen im heutigen Rußland mit seiner politischen Ueberstürzung nach Jahrhunderterten lethargischen Schlafes Konsequenzen erst sekundärer Art dar und bedeuten Forderungen, die die Parteigruppen erst wieder spalten werden, wenn diese oder die andere politische Weltanschauung sich endgültig durchgesetzt haben wird.

Von diesen naheliegenden Voraussetzungen ausgehend, wird also das Wirrsal vielfach in sich gespaltener russischer Parteien und Parteispitter in drei Hauptgruppen zu gliedern sein. Dem als Partei immer mehr vereinsamenden kommunistischen Maximalismus, der mit dem linken radikalen Flügel der ehemaligen bauernbündlerischen und stadtproletarischen Sozialrevolutionäre eine Gruppe bilden dürfte, stehen in erbitterter, jedoch keineswegs geschlossener und einiger Feindschaft die beiden anderen Gruppen gegenüber: die unzähligen, zum größten Teil erst während der Revolution entstandenen proletarischen und bäuerlichen Organisationen,

die wir gemeiniglich als rechte Sozialrevolutionäre zu bezeichnen pflegen und die in Mitteleuropa seit den Nordanschlägen auf den Grafen Mirbach, Feldmarschall von Eichhorn und Lenin am besten als Terroristen gekennzeichnet sind, obgleich der Terror nur Kampfmittel, nicht politischer Endzweck dieser Gruppe ist, und als dritte Gruppe die geschlossene Phalanx aller übrigen russischen Parteien und parteipolitischen Organisationen, deren linker Flügel die gemäßigten Sozialisten, die sogenannten Minimalisten, sind und deren am weitesten rechtsstehende Kreise die Auferstehung des Selbstherrschers aller Russen im Sinne des wiederhergestellten Absolutismus fordern. Die beiden letztgenannten Gruppen bekämpfen im Maximalismus die zur Staatsgewalt gewordene Willkür und Gewaltherrschaft usurpatorischen Proletariates und usurpatorischer Bauernschaft und sehen im maximalistischen Regime die zur Doktrin und zum Gesetz erstarrte Utopie. Die Sozialrevolutionäre, die wir als zweite Gruppe bezeichnet haben, sind im Rahmen der sich noch weiter entwickelnden revolutionären Umwälzung die eigentlichen Träger der Anarchie, daher werden sie von der maximalistischen Staatsgewalt einerseits und von den übrigen Parteien andererseits gleichermaßen bekämpft. Ihr politisches Ziel ist kein positives staatenbildendes, sondern der Umsturz an sich, der bedingungslos revolutionäre Kampf gegen jegliche Staatsgewalt. Es ist daher anzunehmen, daß diese Gruppe die Revolution nicht überdauern und in kommenden Ordnungszeiten wieder zur Bedeutungslosigkeit einer terroristischen Kampforganisation zurücksinken wird. Zulauf und Bedeutung wird ihr heute nur zuteil, weil sie, ohne politische Ziele, nach dem süßen Gift der Macht strebt. Die dritte Gruppe setzt sich zurzeit, wie schon erwähnt, aus der großen Gesamtheit aller übrigen russischen Parteien zusammen, die im Angesicht des russischen Zusammenbruches und der unermesslich bitteren Enttäuschungen der so völlig mißlungenen Freiheitsbewegung die positive Devise „Ordnung, Erneuerung und Wiedergeburt um jeden Preis und durch jedes Mittel!“ auf ihre Fahnen geschrieben haben.

Der Maximalismus ist, seitdem er zur Herrschaft gelangte, vereinsamt, und seine Isoliertheit ist weniger glänzend, als bedroht. Nur der linke Flügel der Sozialrevolutionären, der sich zum Kommunismus eines Lenin bekennt, stützt die Maximalisten. Die Ziele, die sich diese Gruppe gestellt hat, sind bekannt: sie sind im Lichte der Wirklichkeit und nun, da sie erreicht werden können, seit dem Maximalismus die Macht zu Gebote steht, sehr wesentlich zusammengeschrunft. Zwischen Lehre und Anwendung klappt ein tiefer Abgrund. Der geträumte ideale Zukunftsstaat hat sich als nicht verwirklichtbar erwiesen: die Todesstrafe ist wieder eingeführt, unter dem Regiment Trozkis führt Rußland nach wie vor Krieg, die Wehrpflicht ist wiederhergestellt, und die roten Garden verkörpern einen neuen Militarismus. Von Brüderlichkeit, Freiheit und Einigkeit ist auch nicht viel zu spüren; an ihre Stelle ist die absolutistische Diktatur eigentlich nicht einmal des roten Proletariates, sondern einzelner Männer, meist dazu gewissenloser Emporkömmlinge, getreten. Höchstens 30 Prozent der russischen Bevölkerung bekennen sich heute noch zum Maximalismus, und dieser Anhang nimmt täglich ab; denn über der Notwendigkeit, sich gegenüber inneren und äußeren Feinden als Staatsgewalt zu behaupten, ist für absehbare Zeiten für die Maximalisten und ihren Anhang die Möglichkeit geschwunden, die feierlichen Versprechungen in Bezug auf eine tatsächliche Nationalisierung des gesamten Besitzes im Lande in die Tat anzulegen. Es ist also gewissermaßen an die Stelle unhaltbarer Zustände während des absoluten zaristischen Regimes der unhaltbare Zustand der neuen Zeit getreten. Und hat im November 1917 das letzte Aufblühen allgemeiner organischer russischer Unzufriedenheit, wie sie durch die Jahrhunderte der Romanow-Herrschaft genährt worden war, dem Maximalismus, als dem letzten, äußersten Ausdruck dieser Unzufriedenheit, zum Siege verholfen, so wird die nun rasch wieder angeschwollene neue Verzweigung ihn hin-

wegschwemmen. Als Partei, als Träger und Propheten eines staatspolitischen Programmes, haben die Maximalisten tatsächlich bankrott gemacht; sie stützen sich heute, innen- und außenpolitisch zu ausgesprochenen Verrätern an ihrem eigenen Bekenntnis geworden, lediglich auf die unzuverlässige und von Tag zu Tag zusammenschrumpfende und degenerierende Gewalt der Bajonette verwahrloster roter Gardisten.

Und doch einte und eint noch heute die Maximalisten eine straffe Parteidisziplin und Organisation, der fanatische Glaube an ein utopisches politisches Ideal, die Tradition einer durch Jahrzehnte mit ernster Wissenschaftlichkeit gepflegten Parteilehre und endlich die Anerkennung des Maximalismus als geschlossene, festumrissene Einheit durch die Masse des Volkes. All dieser Stützen und Halte sind die Sozialrevolutionäre und ihr buntscheckiger Anhang bar. Auch die Sozialrevolutionäre haben dennoch eine Geschichte und Vergangenheit. Ihr Parteiprogramm forderte vornehmlich die Aufteilung des Landbesitzes und die soziale Republik, beides im realpolitischen Rahmen der Möglichkeiten und einer schrittweisen Einführung. In diesem Sinne unterschieden sie sich von der maximalistischen Sozialdemokratie schon seit jeher durch eine mit den praktischen Verhältnissen rechnende Mäßigung. Auch trat bei ihnen das Moment des proletarischen Internationalismus nicht so kraß wie bei den Maximalisten in den Vordergrund; es gelang Kerensti beispielsweise, die einst von ihm geführte Partei bald nach Ausbruch der Revolution für die Fortsetzung des Krieges zu gewinnen, und auch heute noch gebärden sich die Sozialrevolutionäre als Anhänger der Entente im Sinne unverföhnlicher Feindschaft gegen die deutschen Sieger. Aber die Revolution hat die Partei völlig zerrüttet: Gewannen eines Teils innerhalb der Organisation terroristische Elemente die Oberhand, so erhielt sie im Laufe der Revolutionsjahre andererseits einen gefährlichen massenhaften Zutug von wahllos Unzufriedenen, die die Partei demoralisierten und zum Tummelplatz ungezählter wirrer und unreifer politischer Bilderstürmer aus bäurischem, proletarischem und intellektuellem Lager machten. Heute stellt die sozialrevolutionäre Partei und das vielgegliederte Drum und Dran ihres Anhangs keine geschlossene Einheit mehr dar. Auch hat sie in letzter Zeit viel Aussichten eingebüßt, dereinst das Erbe der Maximalisten als Träger der Staatsgewalt zu übernehmen: mit der wachsenden Ernüchterung im Lande ist vielmehr der Einfluß und Anhang jener Gruppe gewachsen, die die Wiedereinführung der Ordnung anstrebt. Man ist überhaupt versucht, zu behaupten, chaotische Politik habe sich in den breiten Massen der russischen Bevölkerung wieder einmal überlebt; jedenfalls ist eine Reaktion deutlich zu spüren, und entsprechend sinken zurzeit die Aussichten der Sozialrevolutionäre und die Chancen der Maximalisten, sich zu behaupten.

Im Sinne einer solchen politischen Reaktion nach den Orgien einer stürmischen Evolution gewinnt die Gruppe der Ordnungsparteien oder doch die Gruppe jener Parteien, die gemeinsam oder gesondert den Ordnungsstaat anstreben, eine besondere Bedeutung. In jüngster Zeit scheinen sich diese Parteien tatsächlich einander genähert zu haben, nachdem vor Monaten schon jede gesondert versucht hatte, sich aus der Ohnmacht emporzuraffen. In den Städten besonders Südrußlands haben vielfach Besprechungen großrussischer Parteivertreter stattgefunden, die zu dem Zwecke anberaunt worden waren, sich im Bestreben zu einigen, die maximalistische Staatsgewalt zu unterwühlen und der sozialrevolutionären zeretzenden Gefahr zu begegnen. In der Tat dürfte eine gewisse Uebereinstimmung der Hauptziele und Hauptbestrebungen zwischen Kadetten Moskauer und Petersburger Richtung, Links- und Rechts-Oktoberisten, Rechten und Monarchisten, Minimalisten und gemäßigten Arbeiter- und Bauernbündlern erreicht worden sein. In Samara, wo eine solche Besprechung stattgefunden hat, die besonders zahlreich besucht war, ist so etwas wie ein gemein-

samer Arbeitsplan der gegenrevolutionären Parteien und Gruppen festgelegt worden. Selbstverständlich steht im Vordergrund der Bestrebungen die innerrussische Wiedergeburt, die Wiederaufrichtung des russischen Staates. Man ist sich darüber klar geworden, daß der Zeitpunkt günstig ist und der Augenblick heranreifen muß, da die Massen, des Joches einer ausgearteten Freiheit müde, sich neuen Männern anvertrauen, die wenigstens den Willen haben, Ordnung zu schaffen, und deren Namen so etwas wie eine Erinnerung an glücklichere Zeiten bedeuten. Eine gemäßigte Koalitionsregierung ist daher in Aussicht genommen, und auf der ganzen Linie soll der militärische und politische Kampf gegen die ausgeartete Revolution mit neuer Erbitterung aufgenommen werden.

Wie es heute eine sekundäre Frage ist, ob auf den Trümmern des Reiches Peters des Großen eine Republik, eine konstitutionelle Monarchie oder ein absolutes Kaiserreich werden soll, so gehört auch das ferne Ziel der Wiedervereinigung dessen, was man Rußland nach dem Frieden von Litauisch-Brest nennen könnte, der Zukunft an. Freilich wird vermerkt werden dürfen, daß wohl kaum eine der großrussischen Parteien, die besonders in der Ukraine alle ihren großen Kreis von Anhängern haben, darauf verzichtet hat, die russischen Splitterstaaten unter der Herrschaft einer Moskauer, Petersburger oder Kiewer Zentralregierung wieder zu vereinigen. Bei den Beratungen und Besprechungen der russischen Ordnungsparteien sind Fragen äußerer Politik aber wohl erst in zweiter Ordnung behandelt worden. Trotzdem wird darauf hinzuweisen sein, daß, wenn auch der Beginn des Erwachens und der Neuorientierungen der russischen Ordnungsgruppe im Zeichen der Erkenntnis stand, daß es ein Gebot der Notwendigkeit sei, sich nicht nur mit dem Frieden von Litauisch-Brest abzufinden, son-

dern sogar eine Anlehnung an das siegreiche Mitteleuropa zu suchen, durchaus zweckdienlich wäre, so neuerdings doch jene Flügel innerhalb der russischen Parteien wieder an Einfluß gewonnen haben, die Gegner eines deutsch-russischen Ausgleiches sind und höchstens gelten lassen, daß der Friedensvertrag des Jahres 1917 im Hinblick auf die Realität der Dinge notgedrungen anerkannt werden müsse. Diese Wandlung ist wohl eine Folge des Meinungsaustausches zwischen Vertretern der Entente und Vertretern der russischen Ordnungsparteien, der bedeutend lebhafter geworden sein soll, seit dem militärischen Prestige im Westen vorübergehend Abbruch geschehen ist, seit das Verhältnis zwischen der Entente und der Moskauer Regierung, die nahe Beziehungen zu Deutschland unterhält, sich so entscheidend zugespitzt hat und seit die Ereignisse in Bulgarien das militär-politische Bild Europas so jäh zu unseren Ungunsten verändert haben.

Wir meinen daher abschließend in Erwägung ziehen zu dürfen, ob es nicht eine natürliche Konsequenz der deutschen Ostpolitik wäre, hier rechtzeitig und weitsichtig nötige Schritte zu unternehmen. Die wesentlichste Vorbedingung solcher Schritte wäre freilich — und das wird nie genügend betont werden können —, daß keine Festlegung der deutschen Politik in Bezug auf Großrußland erfolgt oder erfolgt ist. Die großrussischen Parteiverhältnisse haben sich in jüngster Zeit offenbar in einem Sinne gestaltet, der das Kräfteverhältnis und die Aussichten nicht zugunsten der Regierung Lenins verschoben hat, das Provisorium einer sozialrevolutionären Regierung kaum erwarten läßt und auf die Möglichkeit einer gemäßigten Ordnungs- und Koalitionsregierung hindeutet, wenn überhaupt ein neuer Umsturz erfolgen soll.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Kaukasus.

Von Otto Kessler-Friedenau.

1. Ziskaukasien.

Ende Juli 1918 ist in Rostow a. Don die offizielle Veröffentlichung des zwischen den Regierungen des Don-Gebietes und des Astrachan-Gebietes geschlossenen Vertrages erfolgt. Beide Regierungen erkennen darin gegenseitig die volle Autonomie ihrer Gebiete an, verpflichten sich zur Unterstützung in der Frage weiterer Angliederung der wirtschaftlich und strategisch unbedingten notwendigen Landgebiete, erklären den gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus auf ihrem Gebiete und im Nordkaukasus als Hauptaufgabe der Gegenwart und erstreben die gemeinsame Bildung eines neuen föderativen Staatswesens in Südrußland, in dessen Bestand als erste vollberechtigte Glieder das Dongebiet und Astrachangebiet eintreten.

Die weiteren Gebiete, welche im obigen Vertrage zur Bildung des neuen Staatswesens gemeint sind, sind die alten russischen Gouvernements Stawropol, das Kubangebiet und das Terekgebiet, die drei Gebiete Ziskaukasiens, die zu den Juwelen der Krone Rußlands gehörten. Die Verschiedenartigkeit und die Fülle der Naturreichtümer des Kaukasus sind so groß, daß es unmöglich ist, in einem Aufsatz ein Bild von ihnen zu entwerfen. Von größter wirklicher staatlicher Wichtigkeit sind heute der Weizen und die Gerste Ziskaukasiens.

Die Uberschüsse der Ernten Ziskaukasiens lassen die der Ukraine weit hinter sich zurück. Es wurden an Weizen und Gerste nach einem Aufsatz von W. Christianowitsch in der „Torgowo Promy schlennaija Gazeta“ im fünfjährsdurchschnitt 1911/15 geerntet in Millionen Pud:

	Weizen		Gerste	Weizen und Gerste zus.
	Winter	Sommer		
Europ. Rußland (51 Gouv.)	233	585	462,66	1280,66
Kuban	75	42	57	174
Stawropol	46	22	32	100
Terek	14	0,8	8,6	23,4
Im ganzen übrigen Rußland	80	250,2	75,39	405,59
Im ganzen Reich (72 Gouv.)	448	900	635,65	1983,65

Die drei Gebiete Ziskaukasiens erbrachten also 15 v. H. der gesamt-russischen Weizen- und Gerstenernte, 23 v. H. des Ertrages des europäischen Rußland, wobei 13 v. H. des letzteren Betrages allein auf das Kubangebiet entfallen. Was Winterweizen anbelangt, so liefert Ziskaukasien 30 v. H. der gesamt-russischen Erzeugung.

Noch nachdrücklicher reden die Zahlen zugunsten des Kubangebietes und des Gouvernements Stawropol hinsichtlich der Weizen- und Gerstenüberschüsse (nach Abrechnung des Saatgutes und des Verbrauches für Mensch und Vieh, nach den Berechnungen des Sonderrates für Lebensmittel 1916) auf den Kopf der Bevölkerung für das Jahr 1915 errechnet:

	in Pud auf 1 Einwohner	
	Weizen	Gerste
Stawropol	32,04	13,10
Kubangebiet	16,54	10,21
verglichen mit:		
Dongebiet	14,94	11,20
Neu-Rußland	9,64	8,48
5 Gouv. des Wolgagebietes	15,04	0,47

Nur das Gouvernement Taurien nimmt im Reiche eine ähnliche Stellung ein: es steht zwischen dem Gouvernement Stawropol und dem Kubangebiet, was Weizen- und Gerstenüberschüsse anbetrifft. Hinsichtlich des Weizens gebührt nur den Gouvernements Orenburg und Ssa-

mara ein Platz zwischen den genannten ziskaukasischen Gebieten.

Der errechnete Ueberschuß in Ziskaukasien betrug im Jahre 1915 in Pud: Weizen 105 582 000, Gerste 54 577 000, das heißt beinahe 25 v. H. aller in 46 Gouvernements errechneten Ueberschüsse.

Noch bedeutsamer ist die Rolle Ziskaukasians als Rußlands Weizen- und Gettlieferant. Vor dem Kriege wurden in Rußland 26,25 Millionen Pud Pflanzendöle erzeugt, davon 11 Millionen Pud Sonnenblumenöl.

Geerntet wurden Sonnenblumensamen (in Millionen Pud):

	1914	1915
Ziskaukasien	21,5	15,6
Europ. Rußland	27,6	29,6
Uebrige Teile Rußlands	5,2	2,5
In Rußland überhaupt	54,3	47,7

So lieferte Ziskaukasien von der Gesamternte Rußlands an Sonnenblumensamen über ein Drittel, an Winterweizen über ein Drittel und an Gerste über ein Sechstel. Diese Ergebnisse werden bei einer selbst für russische Verhältnisse übererregten Wirtschaftsmethode erzielt. Unmittelbar vor dem Pflügen mit einem zwei-, drei- oder vierscharigen Deutschen Pfluge (Bukker) wird die Saat auf dem harten Boden ausgestreut, wobei im Mittel des Jahres fünfts 1911—1915 auf der Desjzatine an Gerste 127, an Winterweizen 66 und an Sommerweizen 64 Pud erzielt wurden. An Saatgut werden dabei bei Weizen auf die Desjzatine 10 Pud verwendet, während 6 Pud bei Weizen genügen würden. Der Selbstverbrauch, der im übrigen Rußland zwischen 9 und 14 Pud Brotgetreide im Jahre schwankt, erreicht im Kubangebiet 23 Pud und im Gouvernement Stawropol sogar 26,51 Pud. Bemerkenswert ist, daß bis zum Kriege die Anbaufläche jährlich um Zehntausende Desjzatinen zunahm. Anbauwürdiger Boden ist genügend vorhanden. So waren z. B. von den über 15000 Geviertwerst des Batalpashinski Kreises des Kubangebietes um 126000 Desjzatinen unter dem Pfluge. Der Bau der Bahnen nach Maikop und nach Tuapse zeigte denn auch, daß jede Station rasch zu einem Getreidestapelplatz und zu einem landwirtschaftlichen Mittelpunkt wird.

Das Terekgebiet weiß überhaupt wenig vom Körnerbau. Dort sind 40 v. H. der Anbaufläche mit Hirse und Mais bepflanzt, während Weizen nur 25 v. H. einnimmt, gegen 67 v. H. im Kubangebiet. Ziskaukasien bietet also noch auf lange Zeit, sowohl was Verbesserung der Wirtschaftsmethode, als auch die Ausdehnung der Anbaufläche betrifft, ein Feld ausgedehntester Betätigung. Die Hoffnung Großrußlands, Transkaukasians und Turkestans beruht auf Ziskaukasien. Armenien und das Wilajet Erzerum wurden 1917 aus Ziskaukasien versorgt. Demnach ist auch der Hafen von Noworossijsk von größter Bedeutung, denn er zieht nicht nur das Korn des nördlichen Kaukasus, sondern auch teilweise des Wolgabeckens über Zarzjin an sich.

Auch die Tabakerzeugung in Ziskaukasien ist von hoher Bedeutung. Rußland erzeugt $6\frac{1}{2}$ bis $7\frac{1}{2}$ Millionen Pud Tabak, der zum größten Teil den Kanaster-sorten zuzuzählen ist. Von der wertvollen Qualität des türkischen Tabaks produzierten im Jahre 1915:

	in Pud	in v. H.
das Kubangebiet	1 354 000	57,6
der Kreis von Sukhum	500 000	21,2
der übrige Kaukasus	263 000	11,2
das übrige russische Gebiet	237 000	10,0
Insgesamt	2 354 000	100,0

Davon wird nur ein geringer Teil im Lande selbst verarbeitet.

Deutschland kann die Getreideüberschüsse Ziskaukasians erhalten, wenn es Fertigwaren zu liefern imstande ist. Der Kaukasus braucht zurzeit dringend Waren. Neben

landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten kämen in Frage: Glas, Kautschuk und Leder. Da aber diese drei Warenarten weder die Mittelmächte noch die Ukraine, wohl aber der Moskauer Bezirk liefern kann, so wird Ziskaukasien über kurz oder lang zur Wiedervereinigung mit Rußland getrieben werden. Dennoch wird Deutschland seine wirtschaftlichen Interessen in diesen Gebieten zu wahren wissen.

2. Transkaukasien.

Politisch ist Transkaukasien noch nicht geeinigt. Dieser Länderkomplex umfaßt augenblicklich drei Staatengebilde: Aserbeidschan, Georgien und das von Armeniern bewohnte Gebiet, schließlich die in türkischen Besitz wieder übergegangenen Wilajets Kars, Batum und Ardahan. Die erstgenannten drei Staaten beabsichtigen, sich in der Form einer Transkaukasischen Republik zu vereinigen und dadurch ihre innere staatliche Festigung und ihre Widerstandskraft nach außen zu erhöhen.

Der bei weitem am meisten national konsolidierte Staat Georgien ist von Anfang an bestrebt gewesen, nach dem Verschwinden der russischen Oberherrschaft sein nationales Leben neu aufzubauen und selbständig fortzuführen. In Georgien schlossen sich die verhältnismäßig neuen und wenig gefestigten Bildungen Armenien und Catarien an, indem die Armenier den Versuch staatlicher Selbständigkeit unternahmen, und die Cataren, die im östlichen Kaukasusgebiet bis gegen Baku hinauf das vorwiegende Bevölkerungselement bilden, sich zu dem Staate Aserbeidschan zusammenschlossen. (Es handelt sich hier nicht um die persische Provinz Aserbeidschan; diese gehört nach wie vor mit ihrer Hauptstadt Täbris zu Persien.) Die Grenze zwischen dem türkischen Kaukasusgebiet und dem neuen Staatengebilde wird in Konstantinopel durch eine Rektifizierung der alten türkisch-russischen Grenze festgesetzt; vor kurzem hat eine Abordnung von Kars, Batum und Ardahan dem Großwesir das Ergebnis der Volksabstimmung übermittelt, die mit 85 124 von 87 048 Stimmen, vom 19. Lebensjahre angefangen, darstellen, die Rückkehr dieser drei Bezirke zum Mutterlande verlangt. In Georgien sind deutsche Truppen eingerückt und herrscht dort musterhafte Ordnung. Die Republik Aserbeidschan umfaßt die Provinzen Baku, Jelisawetpol, einen Teil der Provinz Tiflis und Erivan. Den ersten wirtschaftlichen Vertrag schloß die Türkei mit der georgischen und aserbeidschanischen Regierung ab: den kaukasischen Petroleumvertrag, nach welchem sich die Vertragsschließenden verpflichten, die auf ihren Territorien befindlichen Petroleumröhren in Ordnung zu halten und die Petroleumleitung zwischen Baku und Batum unverändert zu lassen. Auch die Erhebung der Steuern wurde fixiert.

Ferner hat die Türkei bereits einen wichtigen Vertrag mit Aserbeidschan abgeschlossen, nach dem sich die Vertragsschließenden verpflichten, die gegenseitigen Handelsbeziehungen zu fördern und ohne Hindernisse die Waren frei ausführen zu lassen. Der gegenseitige Austausch der wichtigen überschüssigen landwirtschaftlichen und industriellen Produkte hat bis 31. Dezember 1918 zu erfolgen. Die Menge und Art der Waren wird von beiderseitigen Kommissionen, die gleich nach dem Friedensschluß zu arbeiten anfangen, festgesetzt.

Dieser Friedensschluß kann auch uns Deutsche mit großer Genugtuung erfüllen, denn erstens erntet unser Bundesgenosse die erste greifbare Frucht aus seinem treuen Zusammenstehen mit den Mittelmächten, und zweitens haben auch wir alles Interesse an einer guten Nachbarschaft zwischen dem osmanischen Reiche und der kaukasischen Republik.

Dieses von der Natur mit Bodenschätzen reich gesegnete Land besitzt eine hohe Bedeutung als Durchfuhrgebiet. Batum ist bereits durch einen Schienenstrang mit Baku, also das Schwarze mit dem Kaspischen Meer, verbunden, während sich ein Nebenflügel nach Persien abzweigt. Damit erschließen sich Persien und Zentralasien dem Wirtschaftsverkehr mit den Mittelmächten.

Kaukasien ist stark mit deutschen Kolonien durchsetzt, die ungefähr 34 000 Seelen zählen dürften, und dadurch ist den kaukasischen Völkern der mitteleuropäische Kulturkreis hinreichend bekannt.

Ueber Batum und Poti, die beiden Häfen am Schwarzen Meere, wird Kaukasien seine Waren uns über Konstanza und die Donau zuführen, und unsere Industrieartikel werden in umgekehrter Richtung auszuführen sein. Die Ausfuhr Batums betrug schon im Jahre 1907 38,7 Millionen Rubel, die Einfuhr 13,7 Millionen. Den größten Anteil an der ersteren hatte die Naphtha- und Manganerzindustrie. Das Land besitzt bekanntlich unerschöpfliche Reichtümer an Naphtha, Manganerz und Mineralwässern; aber auch andere wichtige Grubenerzeugnisse, wie Silber-, Blei-, Kupfer-, Zink- und andere Erze, sowie ausgezeichnetes, zu Steinbauten geeignetes Material werden, allerdings noch in geringem Umfange, gewonnen. Auch die Glaubersalzlager, deren Wert dem Lande eine glänzende wirtschaftliche Zukunft verbürgt, werden wenig ausgebeutet. Trotzdem und trotz der schlechten Verkehrsmittel sind die Industriezentren Baku und Tschiaturi von Welt Ruf.

Die Menge des im Kaukasus gewonnenen Naphthas belief sich nach amtlichen Angaben für den Zeitraum 1898 bis 1901 auf 600 000 Pud jährlich, das sind 52 v. H. der Weltproduktion, und übertraf somit bei weitem die Naphthagewinnung Amerikas. Neben Baku ist der Grosny-Bezirk der wichtigste Mittelpunkt dieser Industrie.

Die Manganerzgruben Transkaukasiens, besonders die von Tschiaturi im Gouvernement Kutais, erlangten in den letzten 15—20 Jahren große Bedeutung, denn ihre Erträge stellen ein Drittel der Weltproduktion dar. Statistiken des Jahres 1915 zufolge wurden im Jahre 1914 nur 2 v. H. der gesamten Mangangewinnung Tschiaturis auf den inneren russischen Markt gebracht, der Rest von 98 v. H. gelangte zur Ausfuhr ins Ausland. Die folgende statistische Uebersicht veranschaulicht den auf die einzelnen Länder entfallenden Anteil der in der ersten Hälfte des Jahres 1914 ausgeführten Menge von Manganerz.

Deutschland . . .	18 199 000 Pud	Frankreich . . .	1 485 000 Pud
Belgien . . .	8 044 000 "	Oesterr.-Ungarn .	1 333 000 "
Großbritannien .	5 204 000 "	Anderer Länder .	565 000 "
Vereinigte Staaten	2 120 000 "		

Deutschland als Hauptverbraucher bezog demnach fast ebensoviel Manganerz wie alle anderen Länder zusammen.

Das tropische Klima des Kaukasus begünstigt außerordentlich die Vegetation des Landes. Die Wälder umfassen eine Fläche von 8 Millionen Hektar, wovon fast die Hälfte allein auf die Gouvernements des Schwarzen Meeres und auf Kutais fällt. Baumarten von großem Werte wie Nußbäume, Palmen, Buchen und die kaukasische Fichte haben schon lange die Aufmerksamkeit der interessierten Kreise auf sich gelenkt, und bei regelrechter rationaler Forstwirtschaft werden sich der kaukasischen Holzausfuhr vielversprechende Aussichten eröffnen.

Auch an südlichen Fruchtbaumen ist das Land sehr reich und versorgt die Bevölkerung jährlich mit ertragreichen, dabei fast mühelos gewonnenen Ernten an Zitronen, Orangen, Aprikosen und Granatäpfeln. In Georgien ist besonders der Weinbau bevorzugt. Seine Weine, in erster Linie die Kachetinischen, werden seit langem in ganz Rußland ungemein geschätzt.

Von anderen im Kaukasus gezogenen Pflanzen ist der Tee, der Tabak und die Baumwolle zu erwähnen, und obgleich der Anbau der beiden erstgenannten erst seit verhältnismäßig kurzer Zeit betrieben wird, so ist doch bereits festgestellt worden, daß bei entsprechender Pflege vorzügliche Ergebnisse erzielt werden könnten. Die Teeanpflanzungen, deren Mittelpunkt Batum ist, umfassen schon jetzt eine Fläche von mehr als 27 000 Hektar, die 400 000 Zentner frische Teeblätter oder 100 000 Zentner trockenen Tees liefern.

Der Tabak tritt bereits mit den besten türkischen Sorten in Wettbewerb. Der Anbau von Baumwolle ist nicht nur für die örtliche, sondern für die ganze russische Baumwollindustrie von größter Bedeutung. So wurden im Jahre 1915/16 den russischen Fabriken aus dem Kaukasus 1750 000 Pud Baumwolle geliefert.

Die Maulbeerbaumkultur, besonders in den Gebieten von Schuscha, Schemacha und in einigen Bezirken Kutais, ergibt einen Ertrag von jährlich 75 000 Zentner Seidenkokons.

Einer der wichtigsten Zweige der Volkswirtschaft ist die Viehzucht. Hornvieh, Schafe, Ziegen, Milchprodukte und Wolle werden stark ausgeführt. Hinsichtlich der Ertragsfähigkeit des Bodens sind Sachverständige der Meinung, daß sie unter Anwendung europäischer Düng- und Anbaumethoden um das 15- oder 20fache erhöht werden könne.

Alle diese natürlichen Bedingungen des Kaukasus müssen vom deutschen handelspolitischen Standpunkte aus geprüft werden, denn der Kaukasus ist berufen, im internationalen Handel eine bemerkenswerte Rolle zu spielen, und die Regierung der neuen kaukasischen Republik wird nicht verfehlen, energisch alle die Maßnahmen zu treffen, die eine Annäherung des Landes an die übrige Welt erleichtern.

Die wirtschaftliche Erschließung Sibiriens.

Von Dr. Hermann Steinert, Königsberg.

Die deutschen Bestrebungen zur wirtschaftlichen Durchdringung des Ostens und Ausbarmachung seiner wirtschaftlichen Hilfsmittel beschränken sich vorläufig hauptsächlich auf die uns nahe gelegenen Gebiete, auf die Ukraine und die früheren baltischen Provinzen, während man sich schon um Großrußland vorläufig noch recht wenig kümmert und gar das noch viel weiter entfernte Sibirien fast gar nicht beachtet wird. Gerade Sibirien verdient aber noch besondere Aufmerksamkeit, weil es noch im Anfang seiner Erschließung steht und ganz ungewöhnlich reiche Entwicklungsmöglichkeiten birgt. Schon heute kann man Westsibirien als ein reiches Land bezeichnen, das große Ueberschüsse hauptsächlich an Getreide und Butter abzugeben vermag, obgleich die Verkehrsverhältnisse dort sich noch in einem unzulänglichen Zustand befinden und

daher die Erzeugung noch längst nicht auch nur halb so entwickelt ist, wie es die Natur des Landes zulassen würde. Während das jetzige Großrußland sich mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen einigermaßen selbst versorgen kann, hat Sibirien darin einen riesigen Ueberschuß, und da gerade landwirtschaftliche Erzeugnisse in den ersten Jahren nach dem Kriege auch für Mitteleuropa noch sehr dringend gebraucht werden, sollte man rechtzeitig darauf ausgehen, Handelsbeziehungen mit Sibirien wieder anzuknüpfen, sobald die Verkehrsverhältnisse und wirtschaftlichen Verhältnisse das zulassen.

Hauptsächlich kommt für die Aufnahme des Handels naturgemäß Westsibirien in Betracht, das klimatisch verhältnismäßig günstig dasteht und auch einigermaßen annehmbare Verkehrsverhältnisse deshalb aufweist, weil ihm

zwei große Wasserwege zur Verfügung stehen. Westsibirien, der reichste Teil von ganz Sibirien, umfaßt die Gouvernements Tobolsk, Tomsk und Jenisseisk nebst dem Gebiet von Kholmolsk und hat eine Bodenfläche von rund 5 Millionen Quadratkilometern bei einer Einwohnerzahl von höchstens 6 Millionen. Die Einwohnerzahl ist in den letzten fünf Jahren vor dem Kriege kräftig gestiegen, weil nach dem russisch-japanischen Kriege zahlreiche Kolonisten aus Rußland eingewandert sind, die sich hauptsächlich dem Ackerbau und der Viehzucht widmeten und daher zu der starken Vermehrung der Ausfuhr erheblich beitrugen. Die Hauptverkehrsadern des Gebietes bilden die Sibirische Bahn und die beiden Ströme Ob und Jenissei, und die meisten großen Städte liegen zugleich an diesen Flüssen und an der Bahn. Die wichtigsten Städte sind Tobolsk, Tomsk, Omsk, Jenisseisk, Krasnojarsk, Nowo-Nikolajewsk und Barnaul. Außer Erzeugnissen der Landwirtschaft liefert dieses Gebiet auch viele Mineralien. In einer neuen schwedischen Veröffentlichung werden folgende Waren als Ausfuhrgegenstände von Westsibirien genannt: Gold, Silber, Kupfer, Blei, Zink, Eisengraphit, Salz, Steinkohle, Naphtha, Getreide, Butter, Käse, Früchte, z. B. Melonen und Wassermelonen, ferner Eier, Fische, Baumwolle, Häute, Felle, Flach, Hanf, Kartoffeln, Reis. Die wichtigsten Ausfuhrgegenstände bildeten vor dem Kriege Getreide, Butter, Fische und Eier. Die Entwicklung der Ausfuhr aus dem gesamten asiatischen Rußland nach dem europäischen Rußland und dem Auslande zeigt die folgende Tabelle:

Ausfuhr	vom 1. Januar bis		1. April
	1913	1000 Pud	
Butter	613		136
Eier (1000 Stück)	385 447		56 561
Sandzucker	57		5
Außerdem über das Zollamt in Baku	109		35
Raffinadezucker	34		55
Außerdem über das Zollamt in Baku	539		221
Holzstämmen	7 695		—
Behauenes Holz (darunter Balken, Streckbalken, Mauerlatten und dergleichen mehr)	1 380		—
Bretter (darunter Latten, Schwellen u. dgl. mehr)	11 032		—
Häute	776		—
Darunter bearbeitete Häute	2		—
Wolle aller Art	223		—
Naphtha, Leuchtöle (Petroleum und dergleichen mehr)	5 945		—
Außerdem über das Zollamt in Baku	439		408
Naphtha-Schmieröle	2 820		—

Baumwolle kommt für die gesamten Gouvernements von Westsibirien nicht in Frage, wohl aber lieferte dieses den größten Teil der Butterausfuhr und mindestens die Hälfte des Getreides, der Eier und des Obstes und ein Viertel der Fischausfuhr. Die Butterausfuhr aus den Gouvernements Tobolsk und Tomsk richtete sich zum größten Teil nicht nach Rußland, sondern nach dem Auslande. Sie begann im Jahre 1894 mit etwa 7000 Kilo im Wert von 4000 Rubeln und betrug nach 10 Jahren bereits 33 Millionen Kilo im Wert von 25 Millionen Rubeln, um dann ununterbrochen noch weiter zu steigen. Im Jahre 1912 betrug sie bereits 73,7 Millionen Kilo im Wert von 68 Millionen Rubeln, und die Qualität der sibirischen Butter hat sich von Jahr zu Jahr gebessert; dementsprechend ist auch der Preis gestiegen, der 1894 10 Rubeln, 1914 aber etwa 15 Rubeln für das Pud (16,38 Kilo) ausmachte. Die Entstehung der Butterausfuhr ist auf die Dänen zurückzuführen, die zu Anfang der neunziger Jahre die ersten Separatoren nach Sibirien einführten und damit die Herstellung haltbarer Butter für den Export ermöglichten. Die Dänen sandten Sachleute in das Land, welche die Bauern über die Vorteile der Separatoren und Buttermaschinen unterrichteten und damit einen schnellen Aufschwung der Buttererzeugung hervorriefen. Die Dänen

führten denn auch zuerst die sibirische Butter in größerem Umfange aus, und obgleich Dänemark selbst einen großen Ueberschuß an Butter erzeugt, war es ständig einer der Hauptabnehmer der sibirischen Butter, die von Dänemark dann weiter nach England, Frankreich und anderen Ländern versandt wurde. Den Dänen folgten englische, deutsche und niederländische Firmen im Butterhandel. Schließlich machten sich die sibirischen Bauern von den ausländischen Einkäufern frei mit Hilfe des Genossenschaftswesens, indem zu Anfang des neuen Jahrhunderts der Verband sibirischer Molkereigenossenschaften gegründet wurde. Kurz vor dem Kriege hatte dieser Verband eine Ausfuhr von beinahe einer Million Pud jährlich, womit die größte dänische Firma, die Sibirische Compagnie, überholt war. Die Hauptabnehmer von sibirischer Butter erhielten in den letzten Jahren vor dem Kriege folgende Mengen:

	1910		1911		1912	
	1000 Pud	1000 Rubel	1000 Pud	1000 Rubel	1000 Pud	1000 Rubel
England	1648	23 336	1779	25 089	1893	27 160
Deutschland	1018	14 415	1786	25 789	1506	21 596
Dänemark	588	8 326	822	11 870	682	9 780

Die Ausfuhr nach Deutschland wurde hauptsächlich durch dänische Firmen betrieben, doch hatte der Genossenschaftsverband auch schon eigene Verkaufsstellen in Berlin, Hamburg und Frankfurt a. M. eingerichtet. Außer Europa nahmen auch die ostasiatischen Gebiete eine nennenswerte Buttermenge von den westsibirischen Gouvernements auf. Die Butter kommt zum Teil auf den Wasserwegen nach den großen Städten an der Sibirischen Bahn, und fast die ganze Ausfuhr geschieht westwärts mit Hilfe dieser Bahn. Ein Hauptausfuhrplatz für die Butter war Windau, daneben gingen auch erhebliche Mengen über St. Petersburg, Riga und Libau, während in Deutschland außer den ostdeutschen Hafenplätzen Lübeck ein bedeutendes Geschäft mit sibirischer Butter hatte. Neben der Butter begann in den letzten Jahren vor dem Kriege sich die Käseausfuhr kräftig zu entwickeln, die besonders aussichtsreich ist, da die Molkereien bei der Käsebereitung den Bauern bessere Preise zahlen können als bei der Butterbereitung, weil sie für den Käse nicht nur die Sahne, sondern auch die Milch verwenden können.

Der Getreideanbau in Sibirien war im Jahre 1914 sicherlich noch in einem Anfangsstadium begriffen. Wahrscheinlich wird sich Westsibirien zu einem der größten Ausfuhrländer für Getreide entwickeln, wenn seine Verkehrsmittel verbessert sind und die Kolonisation noch weiter fortgeschritten ist. Im Jahre 1910 war eine Bodenfläche von über 6 Millionen Hektar bebaut, die etwa 5 Mill. Tonnen Getreide lieferte, wovon vielleicht die Hälfte in Sibirien verbraucht wurde. Würden nicht so große Verkehrsschwierigkeiten bestehen, so wäre die Ausfuhr sicherlich schon bedeutend größer geworden. Infolge der schlechten Verkehrsverhältnisse sind die Getreidepreise außerordentlich niedrig; die Bauern erhalten in guten Erntejahren für die Tonne nicht mehr als 12—15 Rubeln. Bei einem höheren Preis könnte das sibirische Getreide in Europa nur schwer verkauft werden, weil sich die Beförderungskosten auf der sibirischen Bahn zu hoch stellen.

Aus der Beschaffenheit der Ausfuhrgegenstände läßt sich schon ohne weiteres entnehmen, daß für die Einfuhr in erster Linie landwirtschaftliche Maschinen und Geräte und sodann Meiereigerätschaften und Maschinen in Frage kommen. Sibirien ist eines der besten Absatzgebiete der Welt für Separatoren und Buttermaschinen. Diese Maschinen sind dort außerordentlich stark verbreitet und werden auch von den einfachsten Bauern gebraucht. Im Molkereigewerbe und in der Landwirtschaft waren auch schon vor dem Kriege Dampfmotoren sehr stark verbreitet, weshalb die Einfuhr davon einen großen Umfang angenommen hatte. Lieferanten für diese Motoren

waren hauptsächlich Schweden und Großbritannien. Doch fanden auch deutsche Motoren in nennenswertem Umfang Absatz. Die Briten rechnen auch jetzt besonders stark für ihre Motorenindustrie auf den sibirischen Markt, und erst recht hofft Schweden seine Ausfuhr an Motoren dorthin steigern zu können. Die schwedischen Motoren sind wegen ihrer einfachen Bauart und ihrer Billigkeit besonders beliebt. Da die Modernisierung der Landwirtschaft nach dem Kriege wahrscheinlich schnell fortschreiten wird, so wird der Bedarf an Motoren zunehmen; außerdem wird man auch in größerem Umfange Motoren für die Schifffahrt brauchen. Ferner braucht der sibirische Markt in Zukunft verschiedene

und Geräte für 3,8 Millionen Rubel verkauft, von 1905 bis 1907 für 12,5 und von 1908 bis 1912 für 30 Millionen Rubel. Im Jahre 1913 allein hat der Absatz durch Kolonisationslager 7 Millionen Rubel betragen. Im Jahre 1898 gab es 11 und 1915 schon 300 solche Lager. Außerdem nahm auch die Zahl der privaten Verkaufsorganisationen, hauptsächlich landwirtschaftlicher Genossenschaften, schnell zu, so daß von ihnen 1914 bereits gegen 700 Lager unterhalten wurden. Für die Ausfuhr des Getreides standen staatliche Speicher zur Verfügung, von denen 1907 schon 22 vorhanden waren, davon die meisten im Gebiet von Krasnojarsk. Während des Krieges ist die Einfuhr aus

Nicht jeder hat 100,000 Mark,

zum Zeichnen von Kriegsanleihe.
Aber

**1000,
500,
300,
100**

Mark kann jeder zeichnen. Viele Millionen Mark ergeben diese Hunderttausende kleiner Zeichnungen und beweisen den Feinden, daß auch bei der „Neunten“ das deutsche Volk geschlossen zu den Zeichnungsschaltern geeilt ist.



Maschinen für Kupfer-, Eisen-, Zinn-, Blei- und Kohlengruben, Metall- und Holzveredlungsmaschinen, ferner Maschinen für die Spinnerei, die Baumwollfabrikation, die Salzgewinnung und möglicherweise auch für die Strohholzfabrikation. Landwirtschaftliche Maschinen wurden in den letzten fünf Jahren vor dem Kriege nach Sibirien jährlich für über 20 Millionen Rubel eingeführt. Schon 1910 waren dort 36 519 Stück Heumähmaschinen und 38 627 Stück Pferderechen in Gebrauch. Durch die russische Kolonisationsverwaltung waren Kolonisationslager eingerichtet, die den Bauern landwirtschaftliche Geräte und Maschinen lieferten und ihre Erzeugnisse aufkauften. Diese Kolonisationslager werden auch in Zukunft bei der Maschineneinfuhr eine wichtige Rolle spielen. Von 1898 an hatten sie in den ersten fünf Jahren landwirtschaftliche Maschinen

Amerika erheblich gestiegen, und zwar kamen von dort vornehmlich Sägegatter, landwirtschaftliche Maschinen, Nähmaschinen, Kraftwagen und Motoren.

Der einzige Verkehrsweg, der vor dem Kriege für den Handel mit Europa zur Verfügung stand, war die sibirische Bahn, die von Krasnojarsk bis St. Petersburg 4590 Kilometer lang ist. Da mit der Erledigung dieser Bahnstrecke die Ausfuhrsgüter noch nicht an ihrem Ziele sind, sondern erst in Schiffe umgeladen und nachher am Bestimmungsort womöglich auf die Bahn geladen werden müssen, so stellt sich die Beförderung außerordentlich hoch. Allein die Bahnkosten von Krasnojarsk bis St. Petersburg betragen vor dem Kriege für 1 Pud Getreide 50 Kopeken, was über 30 Rubel für die Tonne ausmacht. Gegenwärtig sind natürlich die Beförderungskosten noch sehr viel höher, und die Beförde-

zung wird auch nach dem Kriege auf der sibirischen Bahn sehr teuer sein, so daß die sibirischen Erzeugnisse sehr schwer wieder auf dem europäischen Markt Fuß fassen könnten, wenn nicht die große Knappheit die Kosten zunächst in den Hintergrund treten lassen würde.

Es ergeben sich aber nun ganz neue Aussichten für den Handel mit Sibirien unter Heranziehung der Wasserwege. Zunächst müssen in Westsibirien selbst die Wasserwege weit mehr als bisher für den Verkehr benutzt werden, und außerdem steht auch der direkte Seeweg durch das Eismeer zur Verfügung. Unter Benützung dieses Seeweges werden sich die Beförderungskosten von den Hauptstädten Westsibiriens nach Deutschland wahrscheinlich, wenn erst die Schiffsfrachten etwas von ihrer jetzigen riesigen Höhe heruntergegangen sind, nur halb so hoch stellen, als die Frachtkosten mit der Eisenbahn. Unmittelbar nach dem Kriege kommt aber auch schon die sofortige Eröffnung eines Seeverkehrs mit Sibirien in Frage, weil die Eisenbahn infolge der ungünstigen Zustände in Rußland und infolge ihrer Überlastung wahrscheinlich vollständig ungenügend sein wird. Der Wasserweg wird an erster Stelle zu berücksichtigen sein bei der Ausfuhr von Getreide, Butter, Fischen und Eiern und von Erzen und bei der Einfuhr von Maschinen jeder Art. Es ist dabei von größtem Vorteil, daß nach denjenigen Punkten, die allein als Handelsplätze am nördlichen Eismeer in Betracht kommen, auch die größten und verhältnismäßig gut schiffbaren Ströme hinführen, der Ob und der Jenissei. Man kann also die Ausfuhrgüter von einem der Hauptmarktorde des Landes auf dem Strom nach Norden senden und dann von Flußschiffen unmittelbar in den Seedampfer umladen.

Der Ob stellt für die Schifffahrt von seinem großen Flußnetz rund 17 000 Kilometer zur Verfügung, wovon der größte Teil regelmäßig von Dampfern befahren werden kann. Der Ob selbst ohne Nebenflüsse ist auf 3708 Kilometer schiffbar, und zwar oberhalb der Einmündung des Irtysh rund 170 Tage im Jahr, weiter unterhalb ungefähr 3 Monate, und zwar meist von Ende Juni bis Anfang September. Die zweite große Wasserstraße bildet der Jenissei, von dem rund 2750 Kilometer für einen regelmäßigen Dampferverkehr benutzbar sind. Er ist ähnlich lange wie der Ob eisfrei. Die Schifffahrt auf dem Ob ist vor dem Kriege schon recht beträchtlich gewesen. Im Jahre 1909 gab es bereits 136 Dampfer und 533 andere Schiffe, darunter zahlreiche Frachtkähne von 96 Meter Länge und 1000 Tonnen Tragfähigkeit, wie sie in ähnlicher Größe auch auf der Wolga in Gebrauch sind. Der russische Staat kaufte im Jahre 1905 6 Dampfer an, die 1907 durch das nördliche Eismeer nach den Mündungen der Ströme fuhren und jetzt einen regelmäßigen Verkehr von der Mündung des Ob nach Tobolsk und von der Mündung des Jenissei nach Krasnojarsk unterhalten. Durch die Firmen Kornilows Nachfolger, die Kommandit-Aktien-Gesellschaft Oberer Irtysh und die Westsibirische Dampfboot- und Handelsgesellschaft wird ferner ein regelmäßiger Verkehr im Gebiet des Ob zwischen den Städten Tjumen, Bijsk, Semipalatinsk, Tomsk und auf dem großen Flusse Irtysh unterhalten. Auf dem Jenissei waren 1906 60 Dampfer und 160 Kähne, 1910 schon über 100 Dampfer im Betrieb. Ein regelmäßiger Dampferverkehr bestand zwischen Krasnojarsk und Minussinsk und zwischen Krasnojarsk und Jenisseisk. Während dess Krieges oder kurz vorher hat auch eine niederländische Gesellschaft auf dem Ob und eine norwegische auf dem Jenissei Dampfer in Dienst gestellt.

Man hat schon seit mehreren Jahrzehnten wiederholt versucht, eine regelmäßige Handelsschifffahrt durch das Eismeer nach den Mündungen des Ob und Jenissei in Gang zu bringen, zunächst allerdings mit ziemlich geringem Erfolg, da viele abgesandte Dampfer nicht nach Sibirien gelangten. Von 1876 bis 1886 gingen insgesamt 27 Dampfer von Europa ab, von denen aber nur 12 ihr Ziel erreichten,

während die anderen mit den Meeresströmungen und Eisverhältnissen nicht fertig wurden. Die russische Regierung hatte, um die Versuche zu fördern, für alle auf dem nördlichen Seewege zur Ausfuhr kommenden Güter Zollfreiheit zugesagt. Im Jahre 1905 gelangte eine Flotte von 22 Dampfern, die der russische Staat gekauft und mit Material für den Bau des zweiten Gleises der Sibirischen Bahn beladen hatte, glücklich in den Jenissei, um in Jenisseisk ihre Ladung zu entlösen. Es handelte sich meist um kleinere Fahrzeuge, die nachher dort für den Flußverkehr verwendbar waren. Im Jahre 1911 wurde in Norwegen eine besondere Reederei Sibirian Steamship Manufacturing & Trading Co. mit einem Kapital von 260 000 Kr. gegründet, die es sich zur Aufgabe machte, mit Dampfern einen regelmäßigen Verkehr mit Sibirien durch das Eismeer in Gang zu bringen und Handel mit Sibirien zu treiben. Die Dampfer sollten von Norwegen ausgehen und über einen englischen Hafen zur Mündung des Jenissei fahren. Das Kapital der Gesellschaft wurde 1913 schon auf 500 000 Kr. erhöht, und in jenem Jahre machte ein Dampfer der Gesellschaft, „Correct“, mit voller Ladung eine erfolgreiche Reise nach dem Jenissei. Im Jahre 1914 wurde die Fahrt wiederholt, woran zwei größere Dampfer teilnahmen, außerdem noch 9 Schleppdampfer und Leichter. Hierzu hatte die Gesellschaft u. a. 4 deutsche Flußdampfer für rund 500 000 Kr. und 2 Seeleichter gekauft. Die Leichter waren mit Zement und Eisenbahnmateriale, die Dampfer mit Stückgütern, hauptsächlich Maschinen, beladen. Die 4 deutschen Dampfer sind noch jetzt auf Ob und Jenissei in Betrieb; die größeren von ihnen, die zwei Maschinen von 500 PS haben, gehen 1,6 Meter und die kleineren 1,2 Meter tief. Im Jahre 1915 wiederholte die norwegische Gesellschaft ihre Expedition mit zwei größeren Dampfern, deren Ladung von Maschinen damals in Sibirien mit besonderer Freude aufgenommen wurde, weil die Zufuhr auf der Sibirischen Bahn außerordentlich mangelhaft war. 1915 wurde das Kapital der Unternehmung auf 3 727 000 Kr. erhöht und 1917 auf 8 Millionen, während in St. Petersburg eine Tochtergesellschaft mit 2 Mill. Kr. Kapital gegründet wurde. Auch 1916 konnten zwei Dampfer wieder nach den Mündungen von Ob und Jenissei gelangen. Ein 1917 ausgesandter Dampfer mußte jedoch wegen Eisschwierigkeiten umkehren. Die russische Regierung hat die Fahrten durch Einrichtung von Beobachtungsstellen und Stationen für drahtlose Telegraphie unterstützt, wodurch die Dampfer Nachrichten über die Eisverhältnisse erhalten konnten. Im Jahre 1917 ist die Unternehmung hauptsächlich wohl deshalb gescheitert, weil wegen der Revolution dieser Nachrichtendienst nicht mehr klappte. Man hatte außerdem auch die Absicht, auf den Schiffen Flugzeuge mitzunehmen, um mit diesen jederzeit einen Ueberblick über die Eisverhältnisse zu erlangen und einen günstigen Weg für die Schiffe finden zu können. Die Kriegsschwierigkeiten haben wohl auch die Ausführung dieses guten Gedankens verhindert.

Die norwegischen Dampferfahrten nach Sibirien haben unzweifelhaft den Beweis geliefert, daß ein Verkehr dorthin in jedem Jahre möglich ist, sofern die Unternehmung auf vorbereitet wird und der Nachrichtendienst über die Eisverhältnisse in Ordnung ist. Die norwegische Gesellschaft hat die Absicht, sobald die jetzigen Schwierigkeiten im Schiffbau aus dem Wege geräumt sind, mehrere Dampfer für den regelmäßigen Verkehr nach Sibirien bauen zu lassen, und sie wird sicherlich auch in diesem Jahre wieder Schiffe nach den Mündungen von Ob und Jenissei abgehen lassen. Es ist dringend zu wünschen, daß auch die deutschen Schifffahrtskreise diesem Verkehr nach Sibirien ihre Aufmerksamkeit zuwenden. Wer nach dem Kriege dort zuerst auf dem Platze ist und mit Hilfe eigener Dampfer die Möglichkeit hat, größere Mengen Einfuhrgüter zu liefern und sibirische Erzeugnisse abzunehmen, der hat die

besten Aussichten, in Sibiriens Außenhandel eine große Rolle zu spielen. Engländer, Norweger, Schweden haben ihren Blick bereits dorthin geworfen, und in Schweden ist kürzlich die Frage der Einrichtung einer eigenen Dampferlinie dorthin in der Presse besprochen worden. Da Sibirien uns die jetzt so erwünschten landwirtschaftlichen Erzeug-

nisse liefern kann, so ist unser Schiffsraum bei einer Auslieferung von Dampfern dorthin ganz besonders vorteilhaft verwendet. Es würde sich für deutsche Unternehmer wahrscheinlich auch sehr lohnend erweisen, im Anschluß an den Seeverkehr mit deutschen Dampfern regelmäßige Flußdampferlinien auf Ob und Jenissei einzurichten.

Neue Möglichkeiten im Osten oder Der Landweg nach Indien.

Von A. Bühler, Carutino (Bessarabien).

Unterdrückte Völkerschaften zu befreien ist eine edle Großtat, sie will aber auch verstanden sein. Die militärische Unterstützung, die Deutschland denjenigen Sonderstaaten angedeihen läßt, welche sich nach dem Zusammenbruch des großen russischen Kolosses gebildet haben, müßte in ganz anderer Weise durch gemeinverständliche Leitmotive erweitert und dadurch der Allgemeinheit des deutschen Volkes verständlich gemacht werden. Von gewisser Seite wird unser Vorgehen im Osten angegriffen, während doch klar ist, daß gerade von dorthin das siegreiche deutsche Volk in nächster Zukunft seine Rohstoffe und Lebensmittel, unabhängig von Englands Gnaden, erhalten kann und wird.

Im folgenden soll deshalb kurz davon gehandelt werden, wie wir unabhängig von unseren Feinden unsern Platz an der Sonne behaupten — noch mehr: eine große, erfolgreiche Zukunft uns sichern können.

Gleich uns verurteilten einst auch unsere Feinde das Jarenregiment. Durch unsere unvergleichlichen Siege sind die ost- und südosteuropäischen Völker von dieser Zwangsherrschaft befreit. Diese von uns ausgeführte Ruhmestat wird weltgeschichtliche Anerkennung finden und die befreiten Völker uns zu Dank verpflichten, doch unter der Voraussetzung, daß es uns gelingt, die öffentliche Meinung, die Presse dieser Länder an Ort und Stelle von dort eingelebten Männern in unserem und des betreffenden Volkes Interesse umzubilden, und daß wir diese nicht, wie es jetzt wieder in Rußland geschieht, zu unserem größten Schaden unseren Feinden überlassen. Es ist eine traurige Tatsache, daß unsere Siege nicht durch die Presse ausgenützt werden. Die Folge ist, daß niemand ordentlich an sie glaubt. Ja, Engländer und Franzosen sollten solche Erfolge haben!

Daß die entvölkerten und unter deutschen Schutz gestellten Ostseeprovinzen, und nicht nur diese allein, von vertriebenen Stammesbrüdern besiedelt und dadurch gehoben und mit dem Vaterland fest verbunden werden können, ist klar und muß sofort in Angriff genommen werden. Das Land ist da, und unsere entrechteten Brüder warten auf den Ruf, es zu besiedeln. Nur müssen die ersten sehr wohlwollend behandelt werden, dann folgen die andern willig nach. Um nicht das Gegenteil zu erreichen, weise die Regierung das Land an und unterstütze die führenden Männer der Uebersiedler.

Eine andere wertvolle Frage ist die: Wie können wir die leichtverderblichen Lebensmittel wie Eier, Fleisch, Butter, Käse und dergleichen, die in Sibirien noch immer in großen Mengen vorhanden sind, erhalten? Hier müßten auf Jahre hinaus vom russischen Staat konzessionierte deutsche Einkaufs-, Kühl- und Lagerhäuser und Transportgesellschaften sich gründen und die Sache energisch in die Hand nehmen. Aber nur nicht die J. E. S. Die deutsche Machtstellung wäre dazu rasch auszunützen, wenn nicht andere Völker für sich jene Vorräte und die zukünftige Ausfuhr sichern sollen. Nur durch eine solche Konzession ist es möglich, die für uns so notwendigen Lebensmittel zu sichern, wodurch dann auch für die Zukunft jegliche Konkurrenz ausgeschaltet bleibt. Wollen wir damit warten, bis wir die schönen Erzeugnisse Sibiriens durch Dänen oder gar Amerikaner geliefert bekommen?

Nun das Deutschtum in Polen. Hier muß Deutschland, um seine Söhne vor der polnischen Unterdrückung zu schützen, mit seinem Prinzip, sich der Einmischung in innere Angelegenheiten fremder Staaten zu enthalten, ausnahmsweise brechen, denn es gilt den Schutz von über 500000 deutschen Stammesgenossen. Sehr wichtig wäre die Einrichtung von unter deutscher Leitung stehenden Schulen, sowie die Unterstützung echt deutsch gesinnter Pastoren. Ein Wink für unsere künftigen deutschen Auslandsvertreter. Sie sollten sich mehr Zeit nehmen, die Klagen der Deutschen entgegenzunehmen. Des deutschen Volkes Größe und seinen Siegen entsprechend soll das Auftreten der deutschen Auslandsbeamten sein.

Nun Wolhynien: Hier erhebe der deutsche Staat gegen die an unschuldigen Deutschen vollzogenen Schandtaten eine laute Anklage! Durch Wort und Bild mache man diese Greuel der ganzen Welt bekannt. Für die armen am Leben Gebliebenen muß volle Entschädigung für alle Einbußen, die sie erlitten haben, gefordert werden. Das sind wir der Gerechtigkeit, unsern Brüdern und uns selbst schuldig. Wieviel Lügen und Schauernmärchen werden über uns in der ganzen Welt stets an die große Lügenglocke gehängt, während wir uns alles stillschweigend gefallen lassen! Nur dadurch sind wir der Prügelknabe und „die Barbaren“ der Welt. Das Gegenteil könnten wir leicht beweisen, und den Verleumdungen wäre die Spitze abgebrochen. Die ungerechte Behandlung unserer Brüder darf nicht ungefühnt bleiben. Wo in der Welt Deutsche geschädigt werden, wird Deutschland geschädigt. Das Ansehen Deutschlands in der Welt leidet sonst, und ebenso kann das Vertrauen seiner Kinder zum Mutterlande verloren gehen. Denn welcher Deutsche wird mit seinen Kindern und seinem Vermögen in der Welt als Deutscher auf Vorposten verbleiben, wenn zur Zeit der Not das Vaterland ihn nicht schützt und an Deutschen begangenes Unrecht ungefühnt und unersezt bleibt. Das vergossene Bruderblut und die dadurch errungenen Welt Siege müssen auch ausgenützt und zur Geltung gebracht werden. So müssen auch die 275000 Deutschen, die einst die wolhynischen Sümpfe und Wälder urbar machten, dort verbleiben können. Deutsche Schule und in Deutschland vorgebildete Lehrer und Pastoren stärken und erhalten das Deutschtum hier, und — was von großer zukünftiger Bedeutung ist — der Weg zum Schwarzen Meer führt durch dieses deutsche Siedlungsgebiet. Gestärkt kann es noch werden durch unsere Wolgadutschen. Müssen wir als Sieger uns trotzdem von allen Völkern noch immer an die Wand drücken lassen? Was würde hier England und Frankreich tun, wenn es wie wir solch siegreiche Heere hinter sich hätte?

In dem an Wolhynien angrenzenden Kijiw, desgleichen auch in Podolien läßt sich durch Neuansiedlungen noch das hier rund 40000 Seelen zählende Deutschtum vermehren.

Nun folgt Bessarabien am Schwarzen Meer und an der Donaumündung. Auf dieses Gebiet wollte die Ukraine ursprünglich Verzicht leisten, auch Rumänien kann ebensowenig mit Recht darauf Anspruch erheben. Gelingt es doch noch, die Selbständigkeit Bessarabiens mit angrenzenden Teilen von Cherson bei der Reichsregierung

zu erlangen, so kann durch geeignete Verträge die Selbständigkeit dieser Provinz im Interesse des Vaterlandes und der Kolonisten erhalten werden. Zur rationalen Ausnützung fehlt dann nur noch der schon vom ehemaligen russischen Kriegsministerium bereits geplante Hafen- und Eisenbahnbau, der die deutschen Kolonien untereinander verbindet. (Jetzt während der Kriegszeit zum Teil schon ausgeführt.) Allerdings ist der mittlere Teil Besarabiens der Hauptsache nach von Moldauern, der Norden aber von Ukrainern bewohnt. Kämen aber auch rein moldauische Gebiete an Rumänien, wofür uns natürlich entsprechende Vorteile zu gewähren wären, so würde dies dem Deutschtum auch nicht schaden.

Weiter am Schwarzen Meer Cherson mit einigen bereits stark mit Deutschen durchsetzten Kreisen, so Odessa bis 70 Prozent, Tiraspil und Anmanjew 30—35 Prozent. Gestattet man hier wie im angrenzenden Besarabien den Deutschen, von den noch nicht eingelebten russischen Edelleuten Land nach Bedarf anzukaufen, so bildet sich mit Südbesarabien ein genügend großes und starkes Gebiet, um sich auch, natürlich unter deutschem Schutz, in Zukunft zu erhalten. Auf der Karte ist leicht festzustellen, was dieser deutsche Vorposten und germanische Keil für eine wertvolle Zukunft hat. Schon jetzt befinden sich in Besarabien und Cherson 265000 deutsche Kolonisten. Durch Zuzug läßt sich diese Zahl leicht vergrößern. Die von den deutschen Großgrundbesitzern abhängigen russischen Landarbeiter würden auch weiter als gute Arbeitskräfte im Lande verbleiben.

Alles von Taurien Gesagte gilt auch zum größten Teil für Katerinoslaw und das südliche Dongebiet. In diesen drei Gebieten leben über 300 000 deutsche Kolonisten und bilden mit ihrem großen Landbesitz die Kornkammer am Schwarzen Meer; schon deshalb müssen sie im allerengsten Anschluß an Deutschland erhalten werden.

Ehe wir weiter die deutsche Landbrücke verfolgen, sei hier etwas von Bedeutung eingeschaltet: Politik allein wird nie imstande sein, eine von Großmoskowiern getrennte Ukraine auf die Dauer zu erhalten. Eine dauernde deutsche Militärverwaltung ist ebenso unmöglich. Was nun? Es muß ein Weg zu den deutschen Kolonisten gebahnt werden, um diese für das Deutsche Reich selbständig zu erhalten. Beides klingt unseren Ohren fremd. Aber es ist möglich, und zwar kommt uns die noch immer zu wenig beachtete Stundistenbewegung zu Hilfe. Wolhynien, Kijiw, Charfiw, Cherson, Taurien und Katerinoslaw sind in diese Bewegung einbegriffen. Durch den deutschen Baptismus ist sie entstanden und hat trotz aller Verfolgung Millionen ergriffen. Würden auch Tausende verbannt, die Bewegung nahm zu. Die Popen hekten und schürten, ja sie behaupteten, Deutschland stehe dahinter, und da sie mit all ihrem Lügen und Hehen den Zerfall der Kirche nicht aufhalten konnten, taten sie das ihrige, um die Haupturheber des Krieges zum Kriege zu hehen. Auf diese Weise glaubten sie die erschütterte Kirche zu festigen. Sie hatten sich bitter getäuscht. Die sogenannte Stundistenbewegung ist ohne Verzug auszubauen und muß von Deutschen aus organisiert werden. Kreise, die schon früher darin gearbeitet haben, sind heranzuziehen. Politik ist zu vermeiden, da man die Stundisten für evangelisch und deshalb selbst schon für deutsch hält, und durch Annahme dieser evangelischen Lehre die Leute ohne weiteres deutsch empfinden. Die evangelische Bewegung tritt in der Folge das Erbe der orthodoxen Kirche an. In nicht langer Zeit sind Millionen ganz unbewußt unter deutschem Einfluß. Eine große Arbeit. Dort glaubt man, Deutschland kann alles. Es kann auch. Es muß aber auch nach der einen oder anderen Richtung etwas geschehen. Die Kolonisten haben unsere Truppen mit Glockengeläute und mit offenen Armen empfangen. Verlassen unsere Truppen das Land, stürzt sich alle zurückgehaltene Wut auf die Deutschen. Es sei denn, daß sie

einige Stunden früher auswanderten. Das ist unmöglich. — Entweder wird die deutsche Verbindungsbrücke nach dort ausgebaut und man begreift, daß, wo deutsch gesprochen wird, Deutschland ist; oder alles ist verloren. Nach Deutschland umsiedeln können diese wohlhabenden, kinderreichen Familien nicht. Der nationale Umschlag bleibt auch in der Ukraine nicht aus, und unser Bruderstamm geht in der Ukraine dem Deutschtum, da er sich nur schwer halten kann, verloren. Oder aber: ein großer Teil wandert zu seinen Verwandten nach Amerika, Kanada oder Australien aus, und dort werden sie Amerikaner oder Kanadier und dienen dann, wie ihre Verwandten zum Teil jetzt schon, zur Stärkung unserer Feinde (als Leiter der großen Kriegsunternehmungen fungieren Deutsche). Dieses mußte eingeschaltet werden, und nun verfolgen wir weiter unsern Weg nach Osten. Kaukasien, das noch nie eng mit dem Zarreich verschmolzen war und dessen Bewohner meistens aus selbständigen Naturvölkern bestehen. Ein Land von unermesslichen, zum Teil noch unerforschten Naturreichtümern. Ein reiches Betätigungsfeld für alle Berufsclassen, Diplomaten nicht ausgeschlossen. 60000 deutsche Kolonisten wohnen durch das ganze Land zerstreut. Von Großmoskau kann Kaukasien nicht nochmals unterjocht werden. Die Engländer aber, die uns hier (nahe am Ziel) den Weg nach Indien abzuschneiden suchen, müssen rechtzeitig verdrängt werden. Die selbständig gewordenen Staaten müssen von Deutschland erhalten und gefördert werden. Eine zweckentsprechende Politik mit der Türkei ist der dort lebenden Moslems wegen erforderlich. Wird die feindliche Propaganda bei den Armeniern unterbunden, ist auch diese Frage nicht schwer zu lösen. Wertvoll für uns sind die Georgier. Diese haben bei der Eroberung durch die Russen Unsägliches gelitten. Von ihnen wurden viele niedergemacht, andere zu Tausenden lebendig ins Meer getrieben. Dies ist noch in aller Gedächtnis. Durch unsere Unterstützung, Beratung und Mithilfe beim Aufbau ihrer Staatengefüge machen wir uns ganz Kaukasien zum Freund. Feinde Rußlands sind die kaukasischen Völker mit ganz geringer Ausnahme, und Freunde, so weit wie deren Geld und Propaganda reicht. Recht wertvoll ist uns aber außerdem der Kaukasus durch seine Berg- und Bodenschätze und landwirtschaftlichen Erzeugnisse, wie Wein, Tabak, Seide, Wolle und Baumwolle, Holz, Zement, Kupfer, Naphtha, Gel und vieles andere. Jenseits des Kaspischen Meeres hat sich die für uns so wertvolle Republik **Turkestan** gebildet. Diese Staatsbildung ist mit allen unseren Machtmitteln zu unterstützen. Nicht grundlos verwehrt Rußland nach der Einverleibung dieser Gebietsteile den deutschen Kolonisten hier die Ansiedlung. Es fürchtete, daß sich der schon bis zur persischen Grenze reichende und das Schwarze Meer umspannende deutsche Einfluß hier, und zwar bis nach Indien, fortsetzen würde. Hier ist das zukünftige Baumwollenland Deutschlands! Politisch an China, Indien, Afghanistan und Persien grenzend, spielt es eine Weltrolle. Der hier noch fehlende, von Rußland und England abgewehrte deutsche Einfluß (englische Zeitungen weisen jetzt auf die große deutsche Gefahr für Indien hin und ersuchen ihre Regierung um Abwehr) muß im Interesse Deutschlands ein- und durchgeführt werden. Rasches Ergreifen der Gelegenheit ist notwendig, an Kapital fehlt es auch nicht. Es handelt sich aber allen Ernstes darum, uns das zu suchen, was uns die ganze feindliche Welt vorenthalten will: das Rohmaterial. Daß die Gelegenheit für Deutschland günstig ist, erkennt England und tut alles mögliche, um unsere Landbrücke, auf der 1,5 Millionen deutscher Pioniere leben, zu zerstören. Tun wir daher auch alles mögliche, um uns für die Zukunft die nötigen Rohmaterialien zu sichern! Gleichzeitig treffen wir unsern Todfeind an seiner schwächsten Stelle! Der vorhandene Eisenbahn- und Schifffahrtsweg ist selbstverständlich auszubauen. War es den Engländern in der Kriegszeit möglich, eine Bahn

von Kairo nach Jerusalem zu bauen, so müssen wir in entgegengelegter Richtung auch noch mehr scheinbar Unmögliches tun. Oder wollen wir warten, bis englischer Unternehmergeist die Bahn von Jerusalem nach Bagdad bzw. nach Baku usw. weiterführt und dann früher nach Turkestan über den Kaukasus kommt als wir?

Das auf unsere Hilfe wartende Persien ist gleichfalls zu unterstützen, auch ein für uns günstiges Eisenbahnnetz ist anzulegen, und zwar müssen wir England darin zuvorkommen. Auswärtige Hilfe unterhält diese Staaten. Wenn nicht wir diese Hilfe bringen, wird es zu unserem Schaden England tun. Wer zuerst kommt, mahlt zuerst! —

Schreiben wir Sieger das Selbstbestimmungsrecht der ost- und südosteuropäischen Völker mit einem gut passenden Leitwort auf unsere Siegesfahne; dadurch schaffen wir uns die mit uns eng verbundenen oder gar unter unserer Schutzherrschaft stehenden Völker von der Ostsee bis zum Schwarzen und Kaspischen Meer zu Freunden. Weise Diplomatie, Industrie, Kapital und Kaufmannsstand finden und bereiten sich durch rasches Eingreifen ein großes und erfolgreiches Betätigungsfeld. Wir kommen zu Rohstoffen und haben als glänzende Zugabe noch den Weg nach Indien frei. Die Orient- oder Dardanellenfrage ist dann kein politischer Zankapfel mehr, da ein großer wichtiger Teil der Welt auf diese Weise unter deutschem Einfluß steht. Günstig wie nie zuvor ist die Gelegenheit, den deutschen Landweg jetzt auszubauen. Und statt zu sagen „Unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“, muß es heißen: „Unsere Zukunft liegt im Osten“.

Ueber 4000 deutsche Siedlungen, angefangen von der deutschen Ostgrenze, durch Wolhynien, dann am Schwarzen Meer entlang bis zur persischen Grenze, zeigen klar und deutlich den Weg, den Germania mit festem Boden unter den Füßen in Zukunft zu gehen hat. Dieser seit 100 Jahren erreichte Vorteil darf nie wieder in Frage gestellt werden. Wie wertvoll dieser deutsche Weg ist, sieht man daraus, daß England heute mehr denn je die Vollendung dieses deutschen Südostweges fürchtet. Wieweit die Furcht Englands unbegründet ist, geht aus der einfachen Tatsache hervor, daß man in deutschen einschlägigen Kreisen von einem geplanten Landwege immer noch nichts wissen will. Daraus können wir die Konsequenz ziehen, daß unsere Gegner uns für klüger und weitsichtiger halten, als wir es wirklich sind. Wohl mancher Kirchturmspolitiker wird die vorliegenden Ausführungen mit einem überlegenen Lächeln beiseite legen, „Ansin!“ „Utopie!“ wird er sagen und bedenklich seinen alten Zopf schütteln. Wir haben eben immer noch des guten alten Michels Zipfelmütze bis über die Ohren sitzen. Heil dem, der imstande sein wird, sie uns vom Kopfe zu reißen!

Handfeste deutsche Tatkraft im Verein mit unserer Macht ist wohl imstande, das große Werk, von dem unser Wohlstand, ja unsere ganze Zukunft abhängt, in Gang zu bringen.

Wir geben diese Ausführungen eines angesehenen gut vaterländisch gesinnten befarabischen Deutschen wieder, ohne in allen Teilen den Standpunkt dieser Ausführungen zu teilen.
Die Schriftleitung.

Vom unbekanntem Huzulenvölkchen.

Von Dr. phil. et ing. Eugen Meller, Wien.

(Nachdruck verboten.)

Bekanntlich wogte ein heißer Kampf an der galizisch-bukowinischen Grenze, im unwirtlichen Lande der sogenannten Huzulen. Namentlich die Ortschaften: Dolatyn, Mikuliczyn, Tatarow und Worochta dürften wohl nur bei Karpathenwanderern besondere Vorstellungen und Bilder erwecken, denn außer ihren landschaftlichen Sehenswürdigkeiten haben die sonst armseligen, weltvergesenen Orte nichts Besonderes zu bieten. Dagegen sind sie zu Friedenszeiten beliebte Sommerfrischen, die jeden Sommer einige tausend Gäste beherbergen. Noch größer wird die Zahl der Durchreisenden sein, die von hier aus den Chomiak und den Syniak — beide über 1500 Meter hoch — oder die berühmte Czernogora, deren höchster Gipfel bis zu 2058 Meter emporsteigt, besuchen. Worochta vor allem, das am Fuße des Passes von Delatyn und Jablonica und an der Kreuzung mehrerer Gebirgszüge liegt, hat sich in den letzten Jahren als Kur- und Wanderstation einen bekannten Namen gemacht. Auch als Ausgangspunkt für Skitouren ins hohe Gebirge ist es mehr und mehr aufgekommen. —

Die „Czernogora“ ist zwar der höchste, aber nicht der lohnendste Gebirgszug in den sogenannten Ostbeskiden. Die Aussicht, die sie gewährt, kommt derjenigen der Gorgany oder der Mamaroser Karpathen nicht gleich. Ihr Rücken, von der „Howerla“ bis zur Quelle des Czeremosz, bildet die Wasserscheide zwischen Theiß, Pruth und dem Gebirgsfluß Czeremosz und zugleich die politische Grenze zwischen Galizien und Ungarn. Diese hat jedoch keinen Einfluß auf die ethnographischen Verhältnisse. Denn sowohl die galizische, als auch die ungarische Seite ist von Huzulen und Juden gleichermaßen bewohnt. Beide haben hier ihr eigentliches Wohngebiet. Beide wohnen bunt durcheinander gewürfelt und huldigen der gleichen Lebensweise. Juden und Huzulen führen hier ein ziemlich freies Nomadenleben auf den galizisch-bukowinischen Almen. Den Ackerbau kennen sie nicht. Sie treiben Viehzucht, fällen Holz und flößen es auf den zahlreichen Wasserläufen.

Die Huzulen, die den Juden an Zahl weit überlegen sind, gehören zu den eigenartigsten Volksstämmen der österreichisch-ungarischen Monarchie, wenn nicht ganz Europas. Ihr Hauptort ist das Dorf-Städtchen Zabie, das einige Kilometer ostwärts von Worochta gelegen ist. Dieses darf sich rühmen, territorial die größte und außerdem die volkreichste Gemeinde Oesterreichs zu sein. Sie erstreckt sich auf ein Gebiet von über 600 Quadratkilometer und hat eine Bevölkerung von über 7000 Einwohnern. Allerdings sind die einzelnen Häuser oft kilometerweit voneinander entfernt. Sie schließen sich somit nicht zu einer geschlossenen dörflichen Einheit zusammen. Die Gemeindebehörden, das Landeshospital und das Waisenhaus liegen in der nördlichsten Ansiedlung Slupejka. Der Ort wird viel besucht, nicht nur wegen der zahlreichen landschaftlichen Reize, die er aufweist, sondern wegen seiner eigenartigen Bewohner.

Dieser eigenartige Volksstamm gehört der ukrainischen Nation an. Er wohnt auch in den angrenzenden Gebieten Ungarns und der westlichen Bukowina, in letzterer Zeit sogar in der berühmten „Dreiländerecke“. Wegen ihres nomadenhaften Lebens und der weit auseinanderliegenden Siedlungen sind die Huzulen von den Segnungen der Kirche und Schule fast unberührt geblieben. Seit etwa einem halben Jahrhundert hat eine allgemeine Verarmung überhand genommen. Ihr Grundbesitz sowie der größte Teil ihres Viehbestandes ist vorwiegend in die Hände der Juden übergegangen. Man begegnet diesen deshalb nicht nur in den Dörfern und Städten, sondern auch auf den einsamen Alpweiden, wo sie in runden Scheitelfäppchen und langen Kastans das Vieh, ihr einziges Vermögen, sorgsam hüten. . .

Die Huzulentracht ist überaus malerisch. In ihr herrscht die scharlachrote Farbe vor. Die Hemden und weißen, ärmellosen Pelzjacken, die sogenannten „Serdaks“ (Herzams), sind mit sonderbaren, byzantinisch-orientalisch an-

mutenden, echt volkstümlich-ukrainisch-stilisierten Stickereien verziert. Die eingeborene, typische Volkskunst verrät sich auch in reizvollen Schnitzereien und Metallarbeiten. Seltsam berührt es, daß hier auch Frauen und Mädchen leidenschaftlich dem Pfeifenrauchen huldigen. Die Huzulen reiten vorzüglich; ihre Pferde, diese kleinen, struppigen, beharrlich-zähen Tiere, heißen ebenfalls „Huzulen“. Am besten kann man das sonst so friedliebende, harmlose Völkchen an seinem bedeutendsten kirchlichen Feiertag, der am 28. August jedes Jahres in ihrer „Hauptstadt“ Zabie

abgehalten wird, kennen lernen. Die bedenklichste Erscheinung des huzulistischen Lebens ist der freie Verkehr zwischen den Geschlechtern. Es kommen sogar „Geschwisterchen“ vor und ferner bewirken die zahlreichen Geschlechtskrankheiten und besonders infektiöse Hauterscheinungen einen beständigen Rückgang der ohnehin schon so ver-schwindend kleinen Volkszahl, ja sogar eine physische Entartung einzelner, für den Folkloristen, Anthropologen und sonstigen Forscher hochinteressanten Individuen.



Mitteilungen.

Anwendung der Elektrizität in der Landwirtschaft.

Nach Beendigung des Krieges wird die Deckung des Bedarfes an menschlichen und tierischen Arbeitskräften der Landwirtschaft noch größere Sorge wie bisher bereiten. Menschen und Tiere sind für Kriegszwecke herangezogen worden, und ihr Ersatz wird vor Jahren kaum möglich sein. Auch sind die Arbeitslöhne und Futterkosten derartig im Preise gestiegen, daß die Menschen- und Gespannarbeit viel zu teuer geworden ist. In eine Ersparung wird hier unbedingt gedacht werden müssen, und es liegt nahe, hier wieder an die Elektrizität zu denken. Weit mehr als bisher muß sie der Landwirtschaft helfen. Die Vorteile, die sie dem landwirtschaftlichen Betriebe bietet, sind genügend bekannt, und es sollen hier nur einige Anregungen gegeben werden, die durch eine erweiterte Anwendung des elektrischen Kraftbetriebes zur Einschränkung der menschlichen und tierischen Arbeitskraft beitragen können.

Wenn wir zunächst den Arbeitsvorgang in den Scheunen und Speichern eines größeren mit elektrischer Kraft versehenen Betriebes betrachten, so finden wir eine große Zahl von Elektromotoren installiert, die mittelst Riemen landwirtschaftliche Maschinen aller Art, wie Schrotmühlen, Reinigungsmaschinen, Häckselmaschinen, Rübenschnneider, Oelfuchsbrecher usw. antreiben. Sowohl Arbeitsmaschine wie Elektromotor sind im allgemeinen mit dem Fußboden oder dem Gebäude fest verbunden und daher unbeweglich. Nur in ganz vereinzelten Fällen ist der Elektromotor mobil gemacht, um im Bedarfsfalle von einer zur anderen Arbeitsmaschine zur Verrichtung von Arbeit getragen oder gefahren zu werden. Die ursprüngliche Veranlassung, die zur Verwendung desselben Elektromotors an mehreren Arbeitsstellen führte, war die Ersparung an Anlagekapital bei Beschaffung der elektrischen Anlage. Der Arbeitsvorgang wickelt sich nun in der Weise ab, daß das Arbeitsgut, bestehend aus einem Haufen Getreide, Stroh, Rüben oder sonst dergleichen, der oft weit von ihm aufgestellten Arbeitsmaschine zugeführt und nach der Verarbeitung wieder entfernt werden muß. Für einen derartigen Transport wird viel menschliche Arbeit aufgewendet, die durch die Umkehrung des Arbeitsvorganges, d. h. durch die Zuführung der Arbeitsmaschine zum Arbeitsgut zum guten Teil gespart werden kann. Dies bedingt natürlich die Mobilisierung der landwirtschaftlichen Maschine. Hierzu ist es unbedingt erforderlich, daß der Elektromotor entweder tragbar oder fahrbar sein muß, es muß nun aber auch der Maschine selbst eine leichte Form der Transportfähigkeit gegeben werden.

Eine noch weitere erhebliche Ersparnis an Arbeitskraft wäre natürlich zu erzielen, wenn Elektromotor und Maschine zusammen vereinigt und die so zusammengebaute Maschine dem Arbeitsgut zur Aus-führung der erforderlichen Arbeit zugeführt würde.

Ein solcher Zusammenbau läßt sich mit den heute in den Handel gebrachten Apparaten und Maschinen leicht herstellen. Voraussetzung hierfür ist, daß das elektrische Verteilungsleitungsnetz für den Anschluß solcher Einzelantriebe entsprechend verlegt ist, zu welchem Zweck der Disposition gerade dieses Netzes in Zukunft mehr Beachtung als bisher geschenkt werden muß. In allen von dem Landwirt benötigten Stellen werden im Netz Anschlußstellen vorzusehen sein, die es ermöglichen, die elektrisch betriebene, mit einem Anschlußkabel versehene landwirtschaftliche Arbeitsmaschine durch eine einfache Einsteckung sofort in Betrieb zu setzen.

Eine andere sehr bedeutende Arbeitersparnis würde für die Landwirte zu erreichen sein, wenn diese sich dazu entschließen würden, nach dem von der Industrie seit lange gegebenen Beispiel mehr als bisher elektrisch betriebene Hebezeuge aller Art in ihren Betrieben zu verwenden. Die Ernte, welche die Hochsaison der Landwirtschaft ist, könnte mit weit weniger menschlicher Arbeit geborgen werden, wenn zum Fördern von Getreide, Stroh und Heu in Scheunen, Heuböden oder Mieten elektrisch betriebene Förderaufzüge, Höhentransporteure oder Elevatoren verwendet würden. Gut durchdachte Konstruktionen sind von Maschinenfabriken in den Handel gebracht worden und können mit nicht zu hohen Kosten angeschafft werden. Es würde ferner im wohlverstandenen Interesse des Landwirtes liegen, daß in allen Speichern, Lagerräumen, Kellern usw. elektrisch betriebene Winden oder Aufzüge vorhanden sind, die Arbeitskräfte zum Auf- und Abladen von Säcken und Lasten anderer Art soweit wie irgend möglich ersparen.

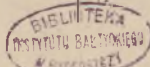
Der Mangel an Arbeitstieren wird sich in erster Linie bei dem Gütertransport im Großgrundbesitz bemerkbar machen. Selbstverständlich wird dabei in erster Linie der Lastkraftwagen Verwendung finden, aber es wird von Fall zu Fall doch auch zu erwägen sein, ob sich nicht für den Transport nach der nächsten Eisenbahnstation die Anlage von elektrisch betriebenen Feld-eisenbahnen empfiehlt. Sollte bereits eine mit Pferden betriebene schmalspurige Feldbahn vorhanden sein, so müßte diese für elektrischen Betrieb eingerichtet werden.

Größere Güter, die in der glücklichen Lage sind, Anschlußgleise an Staats- oder Kleinbahnen zu besitzen, brauchen zum Verholen der Eisenbahnwagen Arbeitskräfte in größerer Anzahl. Hier kann der Landwirtschaft die elektrische Spillwinde warm empfohlen werden, die eine ausgedehnte Verwendung auf den Fabrikhöfen der Industrie oder im Betriebe der Eisenbahnverwaltung gefunden hat. Durch eine derartige einfache elektrische Traction kann die Landwirtschaft ihre Arbeitskräfte bis auf einen Mann zur Handhabung des elektrischen Steuerhalters ersparen.

Für die Bodenbearbeitung werden sich zum Ersatz der Arbeitstiere die Kraftpflüge noch mehr als bisher Eingang verschaffen. Für den elektrischen Seilpflug, der uns hier interessiert, wird durch geschickte Verlegung des elektrischen Leitungsnetzes erreicht werden können, daß er sich mit eigener Kraft vom Hof nach dem Felde bewegt und dadurch die für seinen Transport bisher notwendig gewesenen Gespanne fortfallen.

Sehr bedeutend kann die Ersparung von Gespannen und Arbeitskräften sein, wenn der Landwirt es versteht, den Seilpflug auch zu anderen Arbeiten heranzuziehen. Zur Rüben-ernte bedarf es nur der Auswech-selung der Pflugscharen des Pflugkörpers gegen Rübenheber, und er ist zum Rübenroden verwendbar, durch Anhängen der erforderlichen Geräte an den Pflugkörper besorgt er die Arbeit des Eggers und Grubbers. Ist der Elektromotor auf dem Windewagen mit einer Riemenscheibe ausgerüstet, so kann er auch zum Betriebe einer großen Dreschmaschine benutzt werden. Schließlich kann seine Ausnutzungsmöglichkeit noch weiter gesteigert werden, wenn man in das Seil zwischen Winde und Unterwagen Kartoffelerntemaschinen einschaltet. In diesen knappen Ausführungen ist gezeigt, auf welchem Wege die Elektrifizierung der Landwirtschaft fortschreiten muß, wenn sie der wichtigen Forderung auf Ersparung an menschlichen und tierischen Arbeitskräften entsprechen will.

f. C.



901014/3 III

Republik in keinem Falle einschränkt. Sehr ausführliche und scharfe Bestimmungen schaffen den religiösen Eid oder Schwur vor Gericht oder überhaupt im Staate ab und übergeben die Standesamtsregister, die früher von kirchlichen Behörden geführt und verwaltet wurden, neuerdings den revolutionären Behörden. Wie vom Staate, so wird die Kirche auch von der Schule getrennt, ja, der Religionsunterricht ist in den Schulen nicht nur nicht obligatorisch, sondern sogar ausdrücklich verboten, was ebenso auf die staatlichen, wie auf die öffentlichen oder privaten Lehranstalten zutrifft. Freilich darf sich jeder russische Bürger privat Religionsunterricht erteilen lassen.

Es ist kaum anzunehmen, daß diese Bestimmungen mit besonders angenehmen Gefühlen von der Masse der russischen Bevölkerung hingenommen werden sollten. Ist auch der Russe im Durchschnitt der ganzen Struktur seiner Persönlichkeit nach Anarchist und Nihilist, und hat er im Laufe der letzten 1½ Jahre auch bewiesen, wie stark dieser Zug seines Wesens ist, so ist doch kaum anzunehmen, daß er ebenso leicht seine kirchlichen Gebräuche verraten wird, wie er den Zaren und Monarchismus verriet. Der Russe ist bis in das Mark seiner Knochen hinein weniger fromm und gläubig, als abergläubisch, und die Kirche bedeutet ihm daher in gewissem Sinne einen Tummelplatz seines düsteren kulturlosen Aberglaubens, auf den er nicht ohne weiteres verzichten dürfte. Beim „schlauen“ Russen aber wird die Trennung von Staat und Kirche und die Aufhebung religiöser Verpflichtungen gegenüber dem Staate zu ungezählten Unzuträglichkeiten führen. Um nur ein Beispiel zu nennen, werden sich wohl Zeugenausagen vor Gericht in Zukunft drahtisch genug gestalten; denn vom Eid entbunden, werden die Zeugenausagen wohl in den seltensten Fällen wahrheitsgemäß gemacht werden; seit die Drohung der Kirche und des Popen fehlt, wird beim ethischen und moralischen Mangel im Charakter des Russen ohne Frage die Lüge legalisiert werden.

Laut einem neuen russischen Gesetz unterstehen alle kirchlichen und religiösen Gemeinschaften jenen allgemeinen Bestimmungen, die das Verhältnis von Privatgesellschaften und Verbänden ordnen, und werden, wie schon ausgeführt, in keiner Weise durch Vorrechte oder Hilfsfelder unterstützt — weder von den Zentralbehörden des Staates, noch von örtlich autonomen und selbstverwaltenden lokalen Institutionen. Das Kirchendekret bedient sich überhaupt als der gefährlichsten Waffe gegen die Kirche der Bestimmung, daß die Kirche finanziell möglichst isoliert und schlecht gestellt wird. In diesem Sinne sind zwangsmäßige Eintreibungen von Kirchenabgaben und aller Art Verpflichtungen zum Besten kirchlicher oder religiöser Gemeinschaften strengstens verboten. Keine kirchliche oder religiöse Gemeinschaft hat das absolute Recht auf Eigentum. Alles Eigentum der in Rußland bestehenden kirchlichen und religiösen Gemeinschaften wird zum Volkseigentum erklärt, d. h. „nationalisiert“. Selbstverständlich trifft diese Bestimmung die einst so reiche russische Kirche oder was man früher so nannte, am schwersten; denn die russische Kirche war unermesslich reich, und dieser Reichtum war ihre größte Macht. Tausende von Klöstern in Rußland verfügten über einen beweglichen und unbeweglichen Besitz, über Schätze und Latifundien, bares Kapital und investierte Gelder, die oft ans Märchenhafte grenzten; ganz abgesehen davon, repräsentierte die Einrichtung ungezählter Kirchen ein Vermögen in ganz unglaublicher Höhe. Das alles ist der Kirche nun entzogen, ist verschleppt und aufgeteilt, sequestriert und konfisziert, in den äußersten Fällen gar veräußert und vernichtet. Von diesem Schlage dürfte sich die russische Kirche in Zukunft selbst im günstigsten Falle nicht so bald erholen, daß aus der chaotischen Räterepublik früh wieder ein Ordnungsstaat wird, der darauf angewiesen ist, sich auf die Macht und den Bestand der Kirche zu stützen, und ihre Wiederaufrichtung daher betreibt. Es klingt übrigens wie eine besondere Gnade der Herren Kommunisten, daß der maximalistische Staat die Gebäude und Gegenstände, die einst gottesdienstlichen Zwecken dienen haben, nach wie vor, aber nach besonderen Bestimmungen auch heute einzelnen religiösen Gemeinschaften zur kostenlosen Benutzung überläßt.

Auch die neue russische Armee der Roten Garden hat sich, wie ja wohl selbstverständlich, von der Kirche und allem Kirchlichen förmlich losgesagt. Ein ausdrücklicher Befehl des Kriegs-Volkskommissariates für Militär-Angelegenheiten, dem bekanntlich Lew Trotzki vorsteht, und der schon am 16. Januar 1918 erlassen wurde, bestimmt, daß alle Geistlichen, gleichviel welcher Konfession, die einst im Dienste der Militär-Resorts standen, zu verabschieden sind. Alle Verwaltungsorgane der einst so weitverzweigten russischen Militärgeistlichkeit der Armee und Marine werden aufgelöst. Freilich sollen die Armeekomitees, diese modernen Soldatenräte der souveränen russischen roten Armee, das Recht haben, auf Wunsch der einzelnen Armeeteile, Armeeverwaltungen, Armeeinstitutionen und Armeeanstalten ihre Geistlichen zu behalten, wenn ein Bedürfnis der Majorität nach religiöser Betätigung vorliegt. Es ist aber wohl kaum anzunehmen, daß ein solches Bedürfnis heute von allzuviel Rotgardisten empfunden werden wird! Das Gehalt eines solchen geduldeten russischen Armeepriesters dürfte außerdem kaum dazu angetan sein, die Popen selbst in der Zeit dieser schweren Not zu veranlassen, dem religiösen Drange einzelner Rotgardisten entgegenzukommen. Dieses Gehalt soll nämlich nicht nach dem früheren Militärretat bemessen sein, sondern ausschließlich nach den jeweiligen Bestimmungen der betreffenden Komitees willkürlich festgesetzt werden.

Jura Trubow.

Litauen. Der Abschluß der deutsch-russischen Zusatzverträge hat die Verhältnisse im nahen Osten endgültig geregelt und die neuen Randstaaten aus den Trümmern Westrußlands endgültig von Rußland gelöst. Sehr viel weiter ist aber die Entwicklung der politischen Zukunftsmöglichkeit der erwähnten Randstaaten bisher noch nicht gediehen. Es

herrscht immer noch Ungewißheit darüber, in welchem Sinne sich die staatsrechtliche und staatspolitische Zukunft der neuen Länder im Osten gestalten soll. Der Krieg, der im Westen noch weiter tobt, ist mit an dieser Ungewißheit schuld; ehe nicht auch im Westen ein allgemeiner Friede die europäische Politik auf neuer Grundlage aufbaut, vermag sich nirgends ein dauernder Zustand einzubürgern. Weit mehr als für Finnland, die Ostseeprovinzen und Polen gilt das für Litauen, als für den kulturell am wenigsten entwickelten Staat, der auf keine staatspolitische Vergangenheit zurückzusehen vermag.

Geographisch versteht man unter Litauen die ehemaligen russischen Gouvernements Kowno, Wilna, Suwalki und den nördlichsten Streifen des Gouvernements Grodno. Dieses Gebiet ist die Heimat der etwa 3 Millionen Litauer, die die Statistik heute zählt, ohne die Litauer mitzurechnen, die im polnischen Teile Livlands und in Ostpreußen ansässig sind, oder als Auswanderer in Amerika leben. Litauens politische Bedeutung dürfte wohl dahin zusammenzufassen sein, daß es seit Jahrhunderten gleichsam ein Bollwerk Westeuropas gegen Rußland und die russische Gefahr darstellt. Das katholische Land ist durch drei Jahrhunderte tatsächlich der Gegenstand erbitterter Kämpfe zwischen Westeuropa, das durch Polen und Preußen verkörpert wurde, und Rußland gewesen, in dessen Namen die Moskauer Zaren Anspruch auf Litauen erhoben. Der Weltkrieg hat Litauen nun, nachdem es Jahrzehnte und Jahrhunderte lang als Fremdkörper Rußland angehört hat, Westeuropa wiedergegeben. Hindenburgs Vormarsch nach Nordosten leitete am 27. April 1915 die Eroberung und die Befreiung Litauens ein; mit dem Fall der Festung Kowno am 18. August 1915 war das Befreiungswerk durch deutsche Heldenscharen vollbracht und beendet. Seither steht Litauen unter einer provisorischen deutschen Verwaltung, die den Übergang zu einer litauischen Autonomie vorbereiten soll. Freilich ist es noch eine Frage, ob die Litauer, ein ausgesprochenes Bauernvolk mit dürftiger Intelligenzschicht, schon heute fähig und begabt sind, ihr Schicksal in die eigene Hand zu nehmen. Im Landesrat, einer ersten staatspolitischen Institution des neuen Litauen, haben die Litauer Gelegenheit, ihre politischen Fähigkeiten zu beweisen. Erfreulich sind diese Beweise bisher nicht ausgefallen! Sitz der deutschen Verwaltung Litauens ist seit dem 20. April 1916 die ehemalige Festung Kowno.

Unter dem Druck der russischen, ihrem ganzen Wesen nach so kulturfeindlichen Fremdherrschaft ist die kulturelle Entwicklung der Litauer seit drei Jahrhunderten kaum fortgeschritten. In dem ackerbaureibenden Lande lebt heute vornehmlich der Bauer ein überaus primitives Leben. Seine Ansprüche sind nicht groß; und was es in Stadt und Land an Intelligenz und Handwerk, an Geistlichkeit und Adel, überhaupt an höheren Ständen gibt, war bis vor kurzem fast ausschließlich fremden, nicht litauischen Ursprunges, oder, wenn auch litauischer Nationalität, so doch fremden Kulturen angehörend. Städte wie Wilna und Kowno haben in diesem Sinne unter anderen blühende deutsche Kolonien gekannt, die erst in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege langsam russischer und polnischer Konkurrenz weichen mußten. Dem deutschen Volkstum blüht in Litauen wohl überhaupt keine bedeutsame Zukunft; jedenfalls dürfte Litauen nicht, wie etwa Kurland, als ein eigentliches deutsches Siedlungsland in Betracht kommen. Dazu gibt es der Litauer genug, und es liegt nahe, daß ungezählte litauische Auswanderer, die seinerzeit ihre von Rußland unterjochte Heimat verließen, um sich in Amerika einen neuen Wirkungskreis zu schaffen, in das befreite Litauen zurückkehren werden. Wohl aber bietet Litauen Deutschland ein ausgezeichnetes Absatzgebiet, ebenso, wie der deutsche Handel in diesem Lande sehr große Bezugsmöglichkeiten für Rohstoffe aller Art finden wird.

Die Hauptbeschäftigung der litauischen Bevölkerung ist, wie schon angedeutet, der Ackerbau auf einem an und für sich und im Durchschnitt fruchtbaren Boden. Trotzdem deckte vor dem Kriege die Ernte wohl niemals ganz den einheimischen Bedarf. Denn die ganze Wirtschaft war nicht nur wenig intensiv, sondern auffallend primitiv. Für die Zukunft eröffnen sich freilich günstigere Perspektiven, da die Natur sehr vorteilhafte Vorbedingungen liefert. Abgesehen von der Landwirtschaft, die sich hoffentlich einmal reich gestalten wird, verspricht eine geregelte Viehzucht große Erträge und viele Erfolge. Im besonderen dürfte die Wollerzeugung unter gewissen Voraussetzungen eine bedeutende werden, wenn die schon vor dem Kriege blühende Schafzucht auf neuen, erweiterten Grundlagen wieder aufgenommen wird. Obgleich nur 18 Prozent des litauischen Areals mit Wald bestanden sind, ist doch gerade der Wald einer der verheißungsvollsten Reichtümer des Landes. Die deutsche Verwaltung hat in diesem Sinne der Waldwirtschaft in Litauen ihr besonderes Interesse zugewendet, und dem deutschen Bedarf hat der litauische Wald bereits Annahmen von Holz zugeführt. Zukunftsmöglichkeiten sind Harzdestillation, Meißelöhlerlei, Terpentinöl- und Kolophoniumgewinnung in größerem Maßstabe als bisher. Schon vor dem Kriege ist übrigens viel litauisches Holz nach den deutschen Ostseehäfen gegangen, und zwar am dem Wege der Holzflößerei. Die Memel mit ihren wasserreichen Nebenflüssen bot in großem Rahmen die Möglichkeiten dazu. In Zukunft wird freilich sehr viel für die Verbesserung dieser Wasserstraßen getan werden müssen, soll sich die Flößerei auch weiter unter den veränderten handelspolitischen Umständen lohnen. Wo die Wasseradern es zulassen, wurden die Langhölzer vor dem Kriege zu kleinen Gebinden, sogenannten Tafeln, die acht bis zehn Stämme umfassen, zusammengebunden; mehrere Tafeln bilden eine Platte, unterhalb Kowno wurden zwei bis vier Platten zu einer Trift vereinigt, eine solche war 125 Meter lang bei einer Breite von 18 Meter, und durchschnittlich 8—10 000 Mark, heute aber wohl schon 12 000 Mark und darüber, wert. Ungefähr 3000 solcher Triften gelangten vor dem Kriege jährlich nach Deutschland, also immerhin ein nicht unbedeutendes Wertobjekt. Die Zellstoffholzmengen

wurden in kürzeren Stücken von einigen Metern einfach ins Wasser geworfen; näherte man sich einem solchen kleinen Flusse im Frühling zur Zeit der Ueberschwemmungen, so glaubte man sich vor einem Naturwunder. Der ganze Fluß, der mit wildtreibendem Naturholz ausgefüllt schien, war tatsächlich auf kilometerweite Längen mit einer dicken Holzschicht bedeckt, so daß das Wasser kaum zu sehen war. Das Holz lag so dicht beieinander, daß man glaubte, wie auf einer Brücke von einem Ufer zum anderen pilgern zu können.

Gegenüber dieser Bedeutung Litauens als landwirtschaftliches und Waldland tritt das industrielle Leben natürlich sehr stark in den Hintergrund. Es hat sich lediglich im Anschluß an die einheimischen Rohstoffe entwickelt; so sind, wie Professor Wilhelm Stieda in einem Artikel über Litauen in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ bemerkt, Mülerei, Spinnerei, Spiritusbrennerei, Bierbrauerei, Gerberei, Weberei, Cöpferei und Holzbearbeitung lediglich im Anschluß an die einheimischen Rohstoffe vorhanden gewesen. Alles das jedoch in bescheidenem Umfange, ohne daß die Kräfte des Memelstromes etwa nutzbar gemacht worden wären, und ohne daß der Charakter des reinen Ackerbaugesbietes irgendwie angefaßt erkiene. Der Handel läßt sich in Litauen in seiner Bedeutung nur sehr undeutlich erkennen. Ein einheitliches Verwaltungs- und Wirtschaftsgebiet hat es vor dem Kriege nicht gegeben. Nur Wilna wies einen recht ansehnlichen Großhandel in Holz und Pelzwaren auf, in kleinen Städten und auf dem flachen Lande ist bisher von einem solchen kaum die Rede gewesen. R. ELVES.

Besseres Brot. Das Wort Brot hängt mit Braten zusammen und bedeutet gebackene Speise. Brot ist die Grundlage der menschlichen Ernährung, das wichtigste Nahrungsmittel für die Massen. Gegenwärtig erhält jeder Deutsche wöchentlich 1850 Gramm Brot für 9 Pf. zugeteilt. Danach stellt sich der jährliche Brotverbrauch von 60 Millionen Deutschen (ohne Einrechnung des Heeres) auf 5760 Millionen Kilogramm im Werte von rund 3000 Millionen Mark. Um seiner Bevölkerung billiges Brot zu verschaffen, bewilligte England staatliche Zuschüsse in Höhe von 800 Millionen Mark jährlich.

Man sollte meinen, daß dieses wichtige Nahrungsmittel so zweckmäßig, gut und billig als nur möglich hergestellt wird. Das kann leider noch immer nicht gesagt werden. Brot ist eine fertige Speise, läßt sich nur auf kurze Strecken verwenden, weil es leicht trockenet oder gefiebert oder verschimmelt oder ein schlechtes Ansehen erhält. Es muß in möglicher Nähe des Verbraucherfreies hergestellt werden und wird, abgesehen von einzelnen Großbetrieben, in zahllosen kleinen Bäckereien schlecht und recht gebacken. Der Staat, der fürsorglich allerlei gewerbliche Lehranstalten, unter andern selbst für die Photographie, gründete, hat es bisher leider nicht für zweckmäßig erachtet, was schon längst notwendig war: eine Lehranstalt für die Ausbildung des Müller- und Bäckerberufes einzurichten. Bei der Bedeutung, die das Brot im Laufe des Krieges erlangt hat, sollte das Veräumte nachgeholt werden.

In einer Reihe von Flugschriften aus den Jahren 1878, 1885, 1892 und 1894 gab der österreichische Kunstmüller und Bäcker Till in Bruck an der Mur wertvolle Anregungen zu Verbesserungen im Vermahlen und Verbacken. Nach Reinigung der Roggenkörner erzielte er

durch Vermahlen 75 v. H. weißes Mehl und 12 v. H. Kleie. Um das Mehl auch aus der Kleie zu gewinnen, ließ er sie auslaugen, durcharbeiten und auf einer umlaufenden Presse das mehlfaltige Wasser von den Getreideschalen trennen. Sodann verarbeitete er das mehlfaltige Wasser mit den 75 v. H. trockenen Mehles und erzielte im Ausmaß von 82 v. H. ein schönes weißes, saftiges Roggenbrot. In sein Verfahren scheint die Berliner Vollbrotverwertungsgesellschaft mit dem Großbäckerverfahren angeknüpft zu haben.

Neu und beachtenswert ist, was Dr. Volkmar Klopfer in Leubnitz-Neuostra bei Dresden in seiner Schrift „Die Verbesserung des Backverfahrens“ (Dresden 1918) vorschlägt. Mit gutem Grund will er die Roggenkleie, die über 60 v. H. der natürlichen Nährsalze und 40 v. H. der Eiweißstoffe des Roggenfornes enthält, in geeigneter, aufgeschlossener und verdaulicher Form dem Roggenmehl erhalten, was bisher den meisten Mühlen nicht möglich war, weil sie die Kleie nicht fein genug zertrümmern konnten. Um die restliche Kleie zu verwerten, hat Dr. Klopfer ein neues Verfahren erfunden, indem er das gereinigte Getreidemehl mit großer Geschwindigkeit gegen Prallflächen schleudert, die durch Schlitze unterbrochen sind. In den Schlitzen knickt die Randschicht ab. Bei der ersten Beaufschlagung wird gewissermaßen der innere Mehlkern nur „ausgeschüttelt“ und durch eine darauffolgende Sichtung mit Seidengaze abgetrennt und der weiteren Vermahlung und mechanischen Beanspruchung entzogen. Die groben Trümmerteile der Randschicht werden dann durch weitere 8—10 mal sich wiederholende Beaufschlagung gegen geschlitze Prallflächen zerfeinert, und zwar so, daß nach jeder Beaufschlagung eine Sichtung durch Seidengaze erfolgt. Die noch zu groben Randschichttrümmerteile werden durch die Sichtung abgetrennt und immer wieder durch eine darauffolgende Prallwirkung weiter zerfeinert. Die Mengen der so erhaltenen Mehle werden in der Mischmaschine vereinigt und stellen dann das Vollfornmehl dar, das ungefähr 100 v. H. des gereinigten Getreidefornes enthält.

Gleichzeitig fordert Dr. Klopfer eine Verbesserung des Backverfahrens hauptsächlich durch längeres Backen und langsame Anheizung. Dann erhält man ein im Innern schön braun gefärbtes Brot von kräftigem Duft, ein nahrhafteres als das bisher übliche hellfarbige. Namentlich in Mitteldeutschland war das Roggenbrot infolge der höheren Ausmahlung des Roggenmehles unter Auscheidung der an Nährstoffen reichen Kleie zu Futterzwecken ein schwammiges, fennelartiges Erzeugnis ohne den eigentümlichen Roggenbrotduft und -geschmack geworden.

Am Roggenbrot muß man in Deutschland festhalten, weil in guten Jahren 120 Millionen Doppelsonner Roggen und 40 Millionen Doppelsonner Weizen, dessen Mehl für Kochzwecke und für Nahrungsmittelherstellung abgeht, geerntet werden. Aus den vorhandenen Nahrungsmitteln, insbesondere aus Roggenbrotkorn, muß alles herausgeholt werden, was für die bessere Ernährung und Verdauung erforderlich ist. Dazu wird man kommen, wenn man zu dem Vollkornbrot greift, wie es Dr. Klopfer in Aussicht stellt. Es ist geeignet, dem vor dem Kriege gar zu großen Fleischgenuß entgegenzuwirken und mit Hilfe von Kartoffeln und Fett unter Zugabe von Obst und Gemüse eine im allgemeinen billige, gesunde und ausreichende Volksernährung zu bewirken. Paul Dehn.

Bücherbesprechungen.

Georg Cleinow, Die Polenfrage vor der Entscheidung

Berlin 1918: Verlag „Die Grenzboten“ (1. Aufl.).

Geheimrat Cleinow, einer der besten Kenner des ganzen Komplexes der Osteuropas, insbesondere der russischen und der polnischen Frage, rechnete bereits Ende April mit einer — durch „unserer auf Kompromiß und Verzicht gedrückten Diplomaten“ — unheilvollen Lösung der Polenfrage. Er sah es demgemäß als seine Pflicht an, seine warnende Stimme zu erheben, die polnische Gefahr in ihrer ganzen Größe aufzudecken und eine f. E. für uns heilvolle Lösung vorzuschlagen. Der knappe Raum verbietet, seine tief in das Problem eindringenden, sehr bemerkenswerten Ausführungen auch nur in gedrängtester Kürze wiederzugeben. Cleinow nennt das polnische Kind rückhaltlos offen bei Namen; er zeigt, daß die Polen, unter dem Druck der Teilungsstaaten zu einer Nation mit außerordentlich lebhaftem Nationalgefühl geworden, uns Deutsche aus triftigen Gründen hassen, wegen unserer Entschluß- und Selbstlosigkeit gering achten und, mag auch ein Grüppchen sich aus taktischen Erwägungen zeitweilig anders geben, unveröhnlich sind; er zeigt auch, daß sie, fast sämtlich russisch, panlawistisch und heute die Mehrzahl bolschewistisch orientiert, sich im Bewußtsein ihrer politischen und diplomatischen Ueberlegenheit stark genug fühlen, gegen unser Interesse einen eigenen Staat, und zwar in seinen ehemaligen weitesten Grenzen, wiederherzustellen, d. h. die Einverleibung unserer polnisch durchsetzten Ostprovinzen zu erstreben. Die Grenzlinie, die er, um „uns jedem Angriff von Osten mit größerer Ruhe entgegensehen zu lassen“, zu ziehen anregt, schließt den Industriebezirk von Dombrowa, die Landstriche zwischen Warta und schlesischer Grenze, nordwestlich der Linie Warteknie bei Kolo bis zur Weichsel westlich Wloclawek, nördlich der Weichsel und des Bug (ohne Plock und Modlin) bis Bielsk und Pruschany, ferner Bialystok, Grodno und das Gouvernement Suwalki, ein im ganzen dünn bevölkertes, von 1/2 Millionen Polen, 150 000 Juden und 120 000 Deutschen bewohntes, mit Deutschen aus dem übrigen Polenstaate zu besiedelndes, deutsch zu verwaltendes und allmählich zu verdeutschendes Gebiet, ein. Den — unwahrscheinlichen — Fall gesetzt, daß dieser Vorschlag voll und ganz Wirklichkeit wird, so wäre Neu-Polen, „ein Schutzstaat des Deutschen Reichs“, nicht bloß von unseren, auch von Polen (3 1/2 Millionen) bewohnten Ostprovin-

zen, sondern zugleich „durch einen trennenden Keil nichtslawischer Bevölkerung“ von dem freien, selbständigen und unabhängigen Staate Litauen getrennt, den als — nach dem Wunsche der Litauer von sämtlichen Fremdstämmigen zu säuberndes — „Großlitauen zu schaffen ein großer Fehler wäre“. Daß diese Trennung Polens und Litauens nicht bloß notwendig ist, sondern auch, den festen Willen vorausgesetzt, möglich wäre, ist nicht zu verkennen und aufs dringendste zu wünschen. Damit wäre die räumliche Trennung des polnischen Staates von dem großrussischen dauernd gesichert, der von den Polen so heiß ersehnte „Korridor nach Rußland“, angeblich um Europas Bollwerk gegen die Barbarei Halbasiens zu sein, tatsächlich um für alle Zukunft das Jünglein an der Wage der europäischen Politik zu bleiben, ihnen für immer veripert. Damit wäre ferner der großpolnische Plan einer durch die litauische „Ordnungspartei“ zu realisierenden Vereinigung Litauens mit Polen für immer vereitelt; deutsches, mit Deutschen besiedeltes Gebiet würde (nördlich des Pripiet) mit der Ukraine grenzen, mit der anderenfalls Deutschland an keiner Stelle in Verbindung stände; endlich würden wir nicht bloß an der Ostgrenze des Baltikums, sondern auch hier im weignthnischen Sprachgebiet in unmittelbarem Verkehr mit Großrußland stehen. Obgleich anzunehmen ist, daß Neupolens West- und Nordgrenze sich — nach dem Willen der Mittelmächte — im ganzen mit der Kongresspolens decken, der einen Hälfte der Anregung Cleinows also nicht entsprochen werden wird, so ist es doch erfreulich, daß er seinen — wenigstens in der zweiten Hälfte durchführbaren — Vorschlag auszusprechen den Mut gehabt hat. Jeder polnisch interessierte, von der Wichtigkeit der richtig gelösten polnischen Frage überzeugte Deutsche sollte das dünne, an Gedanken und treffenden Bemerkungen so reiche Heft lesen und aus ihm Verständnis für die uns Deutschen nur schwer verständliche polnische Psyche schöpfen; er wird einsehen, daß Cleinow recht hat, wenn er sagt, daß den Polen kein sich für schlau haltendes Lavieren, das uns ihnen verächtlich macht, sondern nur die überlegene Kraft imponiert, und wenn er demgemäß sie vor die Unabhängigkeit unseres Willens zu stellen, unseren militärischen Sieg voll auszunützen, und selbst die Führung der Polen fest in die Hand zu nehmen, anrät.